



Studienabschlussarbeiten

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Schneider, Celina:

Der Einfluss der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Democratic Party im US-Präsidentschaftswahlkampf 2020

Bachelorarbeit, Sommersemester 2021

Sozialwissenschaftliche Fakultät

Ludwig-Maximilians-Universität München



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2021

Celina Katharina Schneider

**Der Einfluss der BlackLivesMatter-
Bewegung auf die Democratic Party
im US-Präsidentenwahlkampf
2020**

Bachelorarbeit bei
Dr. Tanja Zinterer
2021

Inhalt

1. Einleitung	3
2. Kontext: Die Entstehung der BlackLivesMatter-Bewegung.....	5
3. Forschungsstand zu sozialen Bewegungen und Parteien	8
3.1. Soziale Bewegungen in der Bewegungsforschung.....	8
3.2. Das Verhältnis sozialer Bewegungen und Parteien in der Bewegungsforschung	10
4. Theoretischer Rahmen.....	12
4.1. Die Agenda-Setting-Power sozialer Bewegungen	13
4.2. Soziale Bewegungen und politische Parteien als Verbündete.....	15
5. Forschungsdesign und Methodik.....	18
5.1 Methodik zur Überprüfung von H1: Frequenzanalyse	18
5.2 Methodik zur Überprüfung von H2: Framing-Analyse.....	21
6. Fallstudie: BlackLivesMatter und die Democratic Party im Präsidentschaftswahlkampf 2020	24
6.1. Überprüfung von H1	24
6.2. Überprüfung von H2	28
6.3. Erkenntnisdiskussion.....	36
7. Fazit und Ausblick.....	41
Literaturverzeichnis.....	43
Primärquellen	50
Anhang	51

Abkürzungsverzeichnis

BLM	BlackLivesMatter
BLMGN	BlackLivesMatter Global Network
CoC	Communities of Color
CRM	Civil Rights Movement/Bürgerrechtsbewegung
DP	Democratic Party/Demokratische Partei
DNC	Democratic National Committee
GOP	Grand Old Party/Republikanische Partei
M4BL	Movement for Black Lives
PoC	People of Color
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Ergebnisse der Frequenzanalyse	24
---	----

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Schlagwörter der Stichwortsuche	21
Tabelle 2: Kategoriensystem	23
Tabelle 3: Überblick zu den Ergebnissen der Frequenzanalyse.....	51
Tabelle 4: Überblick zur Verwendung der einzelnen Frames.....	52

1. Einleitung

„ [...] *At protests and at the ballot, we're demanding accountability + justice. The momentum from our uprisings will shape the national agenda. Organized power is in the streets, not the White House.*” (Tweet von @Mvmnt4Blklives vom 22.10.2020)

Die Veröffentlichung eines Zeugenvideos, das die Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen weißen Polizisten im Beisein drei weiterer Polizeibeamten dokumentierte, führte im Mai 2020 zur rasanten Wiederbelebung der BlackLivesMatter-Bewegung. In den darauffolgenden Wochen kam es nicht nur in den USA, sondern weltweit zu großflächigen Demonstrationen gegen Polizeigewalt und Rassismus. Besonders in den Vereinigten Staaten machten die Proteste in Anbetracht der hohen Teilnehmerzahlen deutlich, dass die BlackLivesMatter-Bewegung 2020 eine völlig neue Intensität und Bedeutung erlangt hatte als je zuvor. Diese neugewonnene Stärke führte auch innerhalb der Bewegung zu einem gesteigerten Selbstbewusstsein und der Überzeugung, die nationale politische Agenda mithilfe von *grassroots power* nachhaltig verändern zu können. Mit Hinblick auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen nutzten die großen Bewegungsorganisationen BlackLivesMatter Global Network und Movement for Black Lives daher ihre Ressourcen, um die afroamerikanische Bevölkerung mithilfe der Kampagne #WhatMatters2020 für jene Wahlen zu mobilisieren. Wie die Online-Kommunikation der Bewegungsorganisationen zeigt, zielte die Bewegung im Sommer 2020 darauf ab, vor allem die Demokratische Partei unter Druck zu setzen und als Bündnispartner zu gewinnen. Vor diesem Hintergrund stellt sich daher die Frage, welchen Einfluss die BLM-Bewegung im US-Präsidentschaftswahlkampf 2020 auf die Demokratische Partei hatte.

Sowohl in der Parteienforschung als auch in der Wahlforschung haben soziale Bewegungen bislang nur wenig Aufmerksamkeit erfahren (Amenta et al. 2019, 449). Die heutige Bewegungsforschung dagegen ist eher *bewegungszentriert* ausgerichtet, stellt also soziale Bewegungen selbst und deren bewegungsinterne Dynamiken in den Mittelpunkt ihrer Forschungsarbeit (McAdam und Tarrow 2019, 32; McAdam und Boudet 2012, 3; McAdam und Tarrow 2010, 529). Besonders die internen Mobilisierungsprozesse sozialer Bewegungen bilden dabei den Interessensschwerpunkt vieler Studien (McAdam und Tarrow 2019, 33; McAdam und Boudet 2012, 21; Walder 2009, 397–400). Für ein breiteres Verständnis sozialer Bewegungen und ihres Effektes ist eine Untersuchung dieser im Verhältnis zu ihrem Kontext jedoch besonders wichtig (McAdam und Tarrow 2019, 36). Von Interesse sind hierbei insbesondere die Dynamiken zwischen Bewegungen, politischen Parteien und Wahlen. Die vorliegende Arbeit setzt an jener Schnittstelle an und bietet ferner einen gesellschaftsrelevanten Forschungsbeitrag zu einem aktuellen und bislang unerforschten Fallbeispiel.

In Anbetracht dessen soll im Rahmen dieser Arbeit der Einfluss der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei im Präsidentschaftswahlkampf 2020 analytisch beschrieben werden. Hierfür wird auf eine Kombination zweier theoretischer Ansätze aus der Protest- und Bewegungsforschung zurückgegriffen, welche sich zur Erforschung des Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und Parteien etabliert haben und ein stufenweises Vorgehen erlauben. Mithilfe des Agenda-Setting-Power-Ansatzes kann zunächst analysiert werden, ob zumindest eine kurzfristige Einflussnahme der BlackLivesMatter-Bewegung auf das Agenda-Setting der Demokratischen Partei stattgefunden hat. Unter Rückgriff auf das Konzept sozialer Bewegungen und Parteien als Verbündete, welches auf dem Grundgedanken des politischen Prozessansatzes basiert, kann sodann analytisch beschrieben werden, ob der Einfluss der Bewegung nicht sogar über das reine Agenda-Setting hinausreicht.

Im Folgenden sollen zunächst die Entstehung und Entwicklung der BlackLivesMatter-Bewegung erläutert sowie deren Strukturen und zentralen Charakteristika skizziert werden. Anschließend werden zentrale Konzepte der Bewegungsforschung aufgearbeitet, welche die Möglichkeiten und Bedingungen der Einflussnahme sozialer Bewegungen aufzeigen sowie unterschiedliche Beziehungstypen zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien identifizieren. Daraufhin erfolgt die theoretische Herleitung zweier Hypothesen aus dem in dieser Arbeit entwickelten theoretischen Konstrukt. Das darauffolgende Kapitel umfasst die Beschreibung und Erläuterung des Forschungsdesigns sowie der angewandten Methodik. Als nächstes werden die aufgestellten Hypothesen überprüft und die Ergebnisse der Analyse präsentiert. Es folgt eine Erkenntnisdiskussion, wobei eine Einordnung des Verhältnisses der Demokratischen Partei zur BlackLivesMatter-Bewegung in einen der zuvor erläuterten Beziehungstypen vorgenommen werden soll. Abschließend werden die Erkenntnisse dieser Arbeit zusammengefasst und Anregungen für zukünftige Forschungsprojekte im Bereich der Bewegungs- und Protestforschung gegeben.

2. Kontext: Die Entstehung der BlackLivesMatter-Bewegung

„Black people. I love you. I love us. Our lives matter.“

Diesen Post verfasste Alicia Garza am 13. Juli 2013 auf ihrem Facebook-Profil, als der Freispruch George Zimmermans öffentlich bekannt wurde, der im Februar 2012 den 17-jährigen, unbewaffneten Afroamerikaner Trayvon Martin erschossen hatte (Altman 2015). Patrisse Cullors, eine enge Freundin Alicia Garzas, teilte den Post auf ihren eigenen Social-Media-Accounts und fügte den Hashtag #BlackLivesMatter hinzu (Clayton 2018, 453). Damit war einer der meistgenutzten Hashtags auf Twitter mit gesellschaftlichem Bezug geboren: Nach einer Studie des Pew Research Center wurde #BlackLivesMatter zwischen 2013 und 2018 mehr als 30 Millionen Mal auf Twitter genutzt (Pew Research Center 11.07.2018, 3).

Gemeinsam mit der Aktivistin Opal Tometi richteten Alicia Garza und Patrisse Cullors daraufhin Social-Media Seiten auf Twitter und Facebook ein, mit dem Ziel, eine eigene Kampagne zu starten, um auf das Problem rassistischer Polizeigewalt aufmerksam zu machen (Clayton 2018, 453). Die Phrase BlackLivesMatter ist dabei zum Mantra der Kampagne geworden, welche mittlerweile zu einer Bewegung herangewachsen ist. Garza, Cullors und Tometi sind die Gründerinnen des heutigen Black Lives Matter Global Network, einer der ersten offiziellen Bewegungsorganisationen.

Landesweite Aufmerksamkeit erlangte BlackLivesMatter im August 2014 mit der Tötung des 18-jährigen Afroamerikaners Michael Brown durch den weißen Polizeibeamten Darron Wilson in Ferguson (Clayton 2018; Pew Research Center 2020b; Pew Research Center 2018). Dieser Vorfall sowie eine ganze Reihe weiterer gewaltsamer Tode unbewaffneter AfroamerikanerInnen durch PolizeibeamtInnen zwischen 2014 und 2016 zogen eine breite Berichterstattung nach sich und führten zu organisierten BlackLivesMatter-Protesten in mehreren US-Städten (Clayton 2018; Tillery 2019; Drakulich et al. 2020). Jene Massenproteste gegen rassistische Polizeigewalt erlangten große Aufmerksamkeit in den US-Medien und lösten eine nationale Debatte rund um die Themen Rassendiskriminierung und Polizeigewalt gegen People of Color aus (Drakulich et al. 2017; Clayton 2018; Tillery 2019; Drakulich et al. 2020). Besonders das Internet und die sozialen Medien haben neue Mobilisierungspotenziale bewiesen und dazu beigetragen, das Ausmaß polizeilicher Gewalt gegen Mitglieder der schwarzen Bevölkerung in der breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen: Zu zahlreichen Vorfällen sind Videoaufnahmen öffentlich geworden, welche die Problematik der Polizeigewalt unbestreitbar machen (Harris 2015; Célestine und Martin-Breteau 2020). Zwischen 2013 und 2017 machten AfroamerikanerInnen etwa ein Viertel all derjenigen aus, die in den USA durch Polizeigewalt umgekommen waren (Célestine und Martin-Breteau 2020, 292). Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt hingegen nur etwa 13% (US Census Bureau 2020). Vor diesem Hintergrund machte die BLM-Bewegung

auch auf die Straffreiheit vieler PolizeibeamtInnen aufmerksam, die für jene Tötungen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden (Célestine und Martin-Breteau 2020, 292–293).

Die BLM-Bewegung ist demnach direkt als Reaktion auf einen offensichtlichen *racial bias* im Polizeiwesen und im Strafjustizsystem entstanden. Ihr Fokus lag zunächst darauf, die Einzelschicksale derjenigen ins nationale Bewusstsein zu rücken, die durch rassistische Polizeigewalt getötet wurden (Altman 09.04.2015). Damit zeigte die BLM-Bewegung vor allem die Notwendigkeit einer Reform der Polizei und der Strafjustiz auf. Die von der Bewegung adressierten Missstände sind jedoch nicht auf exzessive Polizeigewalt gegen AfroamerikanerInnen und *racial injustice* im Strafjustizsystem beschränkt. Vielmehr macht die BLM-Bewegung auf die Komplexität eines strukturellen Rassismus aufmerksam, der die Gesellschaft, jegliche sozialen Systeme und die staatlichen Institutionen der USA bis heute auf allen Ebenen durchdringt und so zu einer systemischen Unterdrückung von Minderheiten, besonders der schwarzen Bevölkerung, führt (Garza 2014; Altman 2015; Petersen-Smith 2015; Clayton 2018).

Die BlackLivesMatter-Bewegung kann am besten als neue soziale Bewegung verstanden werden (Rickford 2016; Tillery 2019). Während die Bürgerrechtsbewegung auf eine eher hierarchische Führungsstruktur setzte, ist die BLM-Bewegung sehr lose und dezentral strukturiert (Altman 2015; Harris 2015; Clayton 2018). Charakteristisch für ihre Organisationsform ist insbesondere ihr *grassroots style* und ein gruppenzentriertes Führungsmodell (Clayton 2018; Altman 2015). Die Bewegung kann wohl am besten als Bündnis oder Koalition lokaler Gruppen beschrieben werden, die nicht nur eine gemeinsame Agenda, sondern jeweils auch individuelle Ziele verfolgen (Altman 09.04.2015). Zur breiten Bewegung können auch Online-UnterstützerInnen gezählt werden, welche die Phrase BlackLivesMatter aufgreifen und sich informell mit der Bewegung identifizieren (Brooker 2019). Das ursprünglich von Garza, Cullors und Tometi gegründete BLMGN stellt mit mehr als 40 Ortsverbänden zwar eine der Hauptbewegungsorganisationen dar, ist jedoch nicht die Einzige innerhalb der breiteren BLM-Bewegung. Mittlerweile hat sich das BLMGN mit mehr als 50 weiteren Bewegungsorganisationen in der Dachorganisation M4BL zusammengeschlossen (Brooker 2019; Célestine und Martin-Breteau 2020). Da während der Proteste der BLM-Bewegung häufig auf disruptive Taktiken, wie beispielsweise die vorübergehende Besetzung öffentlicher Plätze und Gebäude zurückgegriffen wurde, haben mehrere Arbeiten betont, dass die BLM-Bewegung mehr Gemeinsamkeiten mit der Occupy-Wall-Street-Bewegung als mit dem Civil Rights Movement aufweist (Harris 2015; Petersen-Smith 2015; Rickford 2016). Des Weiteren ist die BLM-Bewegung inklusiver konzipiert als das CRM (Clayton 2018, 475). So wird zum einen der Begriff *Black Lives* weit ausgelegt, sodass die Gesamtheit der *People of Color* umfasst wird (Célestine und Martin-Breteau 2020, 298). Darunter werden zum Teil auch LateinamerikanerInnen und Native Americans verstanden, mit denen sich

die Bewegung solidarisiert. Zum anderen hebt die Bewegung die Bedürfnisse spezifischer Gruppen wie *Women of Color* und Angehörige der LGBTQ+ Community gezielt hervor (Garza 2014; Rickford 2016; Clayton 2018; Tillery 2019; Célestine und Martin-Breteau 2020). Das Konzept der Intersektionalität, welches sich auf die Überschneidung und gegenseitige Verstärkung unterschiedlicher Diskriminierungsformen bezieht, nimmt dementsprechend eine zentrale Rolle in der BLM-Bewegung ein (Bonilla und Tillery 2020, 948). Die Verwendung neuer Hashtags wie #AllBlackLivesMatter oder #BlackTransLivesMatter durch die Twitter-Kanäle der Bewegungsorganisationen verdeutlicht diesen intersektionalen Charakter.

Schon während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016 erlangte BLM Aufmerksamkeit, nicht nur in der Öffentlichkeit und in den Medien sondern auch in der politischen Arena (Drakulich et al. 2017; Drakulich et al. 2020). Mit der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA verschwand die BLM-Thematik jedoch weitgehend aus der öffentlichen Debatte (Célestine und Martin-Breteau 2020, 303). Die Tötung Ahmaud Arberys im Februar 2020 und Breonna Taylors im März 2020 fachten die Diskussion um BLM erneut an. Doch erst die Tötung George Floyds durch den Polizisten Derek Chauvin am 25.05.2020 hat der BLM-Bewegung einen außerordentlichen Impuls gegeben und stellt eine markante Zäsur in deren Verlauf dar. Die Protest- und Bewegungsaktivität erreichte infolgedessen eine Intensität, die für die Bewegung völlig neuartig war. Die Proteste blieben dabei nicht auf die USA beschränkt, sondern ereigneten sich weltweit. Allein zwischen dem 26.05.2020 und dem 07.06.2020 wurde der Hashtag #BlackLivesMatter mehr als 47,8 Millionen mal auf Twitter genutzt, was einer täglichen Nutzung von etwa 3,7 Millionen entspricht (Pew Research Center 2020b). Nach den Ergebnissen mehrerer Studien nahmen trotz der Corona-Pandemie zwischen 15 und 26 Millionen AmerikanerInnen in den Wochen nach Floyd's Tod an BLM-Protesten teil. Insgesamt fanden zwischen dem 26. Mai und Ende Juni 2020 mehr als 4700 Demonstrationen in etwa 2500 amerikanischen Städten statt. Gemessen an diesen Zahlen könnte die BlackLivesMatter-Bewegung 2020 die größte Soziale Bewegung in der Geschichte der USA darstellen (Buchanan et al. 03.07.2020). Nicht nur die geographische Verteilung der Proteste sondern auch die Tatsache, dass sich ein beachtlicher Anteil der weißen Bevölkerung aktiv daran beteiligt hat, unterstreichen die Relevanz und das Gewicht, welche die Bewegung 2020 gewonnen hat (Worland 11.06.2020; Buchanan et al. 03.07.2020).

3. Forschungsstand zu sozialen Bewegungen und Parteien

3.1. Soziale Bewegungen in der Bewegungsforschung

Soziale Bewegungen sind ihrem Wesen nach äußerst komplexe und vielschichtige Phänomene (McAdam und Tarrow 2019, 19). Dementsprechend findet sich in der Literatur eine Vielfalt unterschiedlicher Definitionen. Diani leitet aus diesen die zentralen Merkmale sozialer Bewegungen ab, welcher er als Netzwerke informeller Interaktion zwischen einer Vielzahl von Akteuren beschreibt, die auf Basis kollektiver Identitäten oder gemeinsamer Überzeugungen in kulturelle oder politische Konflikte eintreten (Diani 1992, 1). Dabei versuchen sie bestimmte Machtverhältnisse zu verändern und einen sozialen Wandel herbeizuführen, indem sie gewöhnliche BürgerInnen für politisches Handeln mobilisieren (Amenta et al. 2010, 288; Amenta et al. 2019, 450). Da soziale Bewegungen typischerweise diejenigen repräsentieren, denen es an Macht und an einem direkten Zugang zu den wesentlichen Entscheidungsprozessen eines politischen Systems fehlt, ist für sie „[...] die politische Öffentlichkeit der zentrale Schauplatz“ (Rucht 2011, 21; siehe auch Amenta et al. 2019, 449).

Um einen sozialen oder politischen Wandel zu erreichen, versuchen Bewegungen politische Institutionen, politische Prozesse und letztendlich auch politische Outcomes zu beeinflussen (Amenta et al. 2019, 449). Von Interesse und gängige Ziele sind dabei unter anderem politische Parteien, Wahlen oder einzelne KandidatInnen (Amenta et al. 2019, 451). Gleichwohl sind soziale Bewegungen jedoch nicht vor dem Einfluss und den Veränderungen des Systems gefeit, in welches sie eingebettet sind. Besonders politische Gelegenheitsstrukturen, die sich durch Veränderungen der institutionellen Struktur eines politischen Systems oder durch wechselnde Bündnisstrukturen ergeben, wirken sich auf den letztlichen Erfolg sozialer Bewegungen aus (Tilly 1978; McAdam 1982; McAdam und Tarrow 2019). Dabei können unterschiedliche Faktoren des politischen Kontextes, in den soziale Bewegungen eingebettet sind, jene Gelegenheitsstrukturen verändern und formen. McAdam und Tarrow (2019, 21) identifizieren beispielsweise die Offenheit des Systems für neue Akteure und die Verfügbarkeit potenzieller Verbündeter als Charakteristika eines Regimes, die politische Gelegenheiten schaffen oder hemmen. Mit Hinblick auf Ersteres wird deutlich, dass Wahlen ein *window of opportunity* für soziale Bewegungen eröffnen können, da neue Akteure das politische System meistens auf diesem Wege betreten (McCarthy et al. 1996, 298–300; McAdam und Tarrow 2019, 25,34). Indem sie verbündete Parteien unterstützen, können Bewegungen auf diese gezielt Einfluss ausüben (McAdam und Tarrow 2010, 533; McAdam und Tarrow 2013, 328; Amenta et al. 2019, 451–452; McAdam und Tarrow 2019, 34). Als intermediäre Akteure, welche die Grenzen des institutionellen Systems überschreiten und damit die Trennung zwischen *Insidern* und *Outsidern* des Systems überwinden, können Parteien demnach die Rolle einflussreicher Verbündeter einnehmen und somit soziale Bewegungen stärken (McAdam und Tarrow 2019, 26).

Neben günstigen politischen Gelegenheitsstrukturen bestimmen jedoch auch die bestehenden Mobilisierungs- und Organisationsstrukturen, sowie die Überzeugungskraft der gewählten Framing-Strategie, über den Erfolg einer sozialen Bewegung (McAdam et al. 1996, 2; Benford und Snow 2000, 611).

Jene Mobilisierungs- und Organisationsstrukturen beziehen sich auf die formellen und informellen kollektiven Gebilde, durch die sich Menschen an kollektiven Handlungen beteiligen (McAdam et al. 1996, 2–3). Es geht also um die Gruppen, Organisationen und Netzwerke auf der Meso-Ebene, die zusammen die Bestandteile einer sozialen Bewegung bilden (McAdam et al. 1996, 2–3). Hier wird die Bedeutung von Bewegungsorganisationen deutlich, die zwar analytisch von der Bewegung selbst getrennt werden müssen, jedoch einen Großteil ihrer Organisationsarbeit ausführen, indem sie kollektives Handeln koordinieren (Diani 1992, 4; McAdam et al. 1996, 4).

Letztendlich kommt es für den Erfolg einer Bewegung jedoch auch auf ein überzeugendes Framing an (Benford und Snow 2000, 611). Das Konzept des Framings, wie es in der Bewegungsforschung genutzt wird, geht vor allem auf die Arbeit Goffmans zurück, der *frames* als Interpretationsschemata definiert (Goffman 1974, 21). Ähnlich wie ein Bilderrahmen lenken *frames* die Aufmerksamkeit gezielt auf ausgewählte Aspekte einer beobachteten Realität und schaffen spezifische Deutungsmuster für relevante Ereignisse (Snow und Benford 1988, 198; Snow et al. 2019, 393). Somit definieren Bewegungen mithilfe von *frames* nicht nur die von ihnen identifizierten Probleme nach ihrem Ermessen, sondern auch die Quelle des Problems sowie mögliche Lösungswege und Handlungsvorschläge (Zald 1996, 269; Benford und Snow 2000, 616). Soziale Bewegungen nehmen also eine aktive Rolle bei der Erschaffung eigener Interpretationsschemata ein und sind nicht bloß passive Träger sich in der Öffentlichkeit herausbildender *frames* (Zald 1996, 269; Snow und Benford 1988, 198; Benford und Snow 2000, 613; Snow et al. 2019, 393). Der innerhalb der Bewegungsforschung entwickelte Collective-Action-Framing-Ansatz bietet verschiedene Konzepte, um das durch soziale Bewegungen genutzte Framing analytisch zu untersuchen (Snow und Benford 1988; Benford und Snow 2000; Snow et al. 2019). Die Aufgabe und Hauptfunktion von *collective action frames* besteht darin, vorhandene AnhängerInnen zu mobilisieren sowie neue UnterstützerInnen zu gewinnen, um so die Basis der Bewegung in der Bevölkerung auszudehnen (Snow und Benford 1988, 198; Snow et al. 2019, 395). Um dieses Ziel erreichen zu können, muss das Framing einer Bewegung konkret drei spezifische Funktionen erfüllen: *diagnostic*, *prognostic* und *motivational framing* (Snow und Benford 1988).

Mit *diagnostic frames* definieren soziale Bewegungen das wahrgenommene Problem, benennen Missstände und weisen auf damit verbundene Ungerechtigkeiten hin, die es nach ihrer Sicht zu bewältigen gilt (Snow et al. 2019, 396). Dabei machen sie auch die Problemursache aus und

schreiben Verantwortung zu (Snow und Benford 1988, 200; Benford und Snow 2000, 616). Typisch für *diagnostic framing* ist, dass eine problematische Situation dabei als ungerecht und eben nicht als bloßer Unglücksfall gedeutet wird (Benford und Snow 2000, 615; Snow et al. 2019, 396). Es wird also oft auf sogenannte *injustice frames* zurückgegriffen (Gamson 1982, 32). *Prognostic frames* hingegen stellen Forderungen und bieten konkrete Lösungsvorschläge zur Beseitigung der identifizierten Missstände (Snow und Benford 1988, 199, 201; Benford und Snow 2000, 616; Snow et al. 2019, 396). Sowohl *diagnostic* als auch *prognostic frames* dienen dementsprechend der Konsensfindung in Bezug auf die Beweggründe und Ziele einer Bewegung (Snow und Benford 1988, 199). *Motivational frames* gehen einen Schritt weiter und enthalten typischerweise einen *call to arms* (Snow und Benford 1988, 199; Benford und Snow 2000, 617; Snow et al. 2019, 396). Hierbei wird mitunter auf die Schwere und Dringlichkeit der Problematik abgestellt oder an eine moralische Handlungspflicht appelliert, mit dem Ziel einen Anstoß für die Beteiligung an kollektivem Handeln zu geben (Snow und Benford 1988, 199, 202; Snow et al. 2019, 396).

3.2. Das Verhältnis sozialer Bewegungen und Parteien in der Bewegungsforschung

Das Verhältnis zwischen Parteien und sozialen Bewegungen hat sich ab den 1970er Jahren innerhalb der Bewegungsforschung als eigenes Forschungsgebiet etabliert (Hutter et al. 2019b, 164). Vorwiegend wurde das Verhältnis dieser beiden Akteure unter der Annahme analysiert, dass diese unterschiedliche Arten der Interessensvermittlung erfüllen und in voneinander getrennten politischen Arenen agieren (Rucht 1987, 300; Diani 1992, 13, 15; Hutter et al. 2019b, 165). Dabei werden Parteien als Teil des etablierten Institutionengefüges betrachtet, während soziale Bewegungen der außerparlamentarischen Opposition zugeordnet werden (Gamson 1975; Tilly 1978; Hutter et al. 2019b). Die verschiedenen Interaktionen zwischen Parteien und Bewegungen werden sodann als zentraler Mechanismus verstanden, durch den soziale Konflikte in den institutionalisierten Bereich des politischen Prozesses hineingetragen werden (Hutter et al. 2019b, 164).

Sowohl Parteien als auch soziale Bewegungen spielen als kollektive Akteure des intermediären Systems eine bedeutende Rolle in der demokratischen Interessensrepräsentation und ergänzen sich dabei gegenseitig (Kitschelt 2006, 278; Hutter et al. 2019a, 322; Hutter et al. 2019b, 164). Beide erfüllen ähnliche Funktionen, indem sie zur Artikulation und Aggregation von Interessen beitragen und Informationen bereitstellen (Jarren und Donges 2006, 127; Hutter et al. 2019a, 324). Dennoch folgen sie hierbei unterschiedlichen Logiken: Während Parteien eigene politische Programme anbieten und selbst an Wahlen teilnehmen, um hierdurch in Ämter zu gelangen und somit ihre *policy goals* umzusetzen, nehmen soziale Bewegungen Forderungen auf, welche innerhalb des institutionellen Bereichs des politischen Systems bisher unberücksichtigt geblieben

sind und tragen diese außerhalb der elektoralen Arena in die politische Öffentlichkeit (Rucht 1987, 300; Hutter et al. 2019a, 324).

Basierend auf dieser Annahme unterschiedlicher Handlungs- und Funktionslogiken von Parteien und Bewegungen haben sich mehrere theoretische Ansätze herausgebildet, welche das Verhältnis und die wechselseitigen Dynamiken zwischen diesen beiden Akteuren analysieren. Während sich innerhalb des politischen Prozessansatzes das Konzept von sozialen Bewegungen und politischen Parteien als potenzielle Verbündete herausgebildet hat, fokussiert sich ein anderer Teil der Forschungsliteratur auf die Agenda-Setting Funktion politischer Proteste sowie den Beitrag sozialer Bewegungen zur Entstehung neuer gesellschaftlicher und politischer Cleavages (Hutter et al. 2019a, 324–329; Hutter et al. 2019b, 165–169).

Diese Trennlinie zwischen Parteien und Bewegungen als analytisch und empirisch zu differenzierende Akteure wurde aber in der jüngeren Forschung vermehrt aufgeweicht. Aufbauend auf der Forschungsarbeit Mainwarings (2006) argumentieren Hutter et al. (2019a; 2019b), dass in Zeiten einer Repräsentationskrise, in der sich BürgerInnen innerhalb des politischen Systems nicht mehr hinreichend vertreten und repräsentiert fühlen, die Grenzen zwischen Parteien und Bewegungen verschwimmen können. Im Zuge dessen wird es zunehmend schwierig eine klare Zuordnung politischer Parteien zum etablierten Institutionengefüge und sozialer Bewegungen zur außerinstitutionellen Sphäre vorzunehmen (Hutter et al. 2019a, 329; Hutter et al. 2019b, 164). Dabei verändern sich auch die Beziehungen und Dynamiken zwischen den beiden kollektiven Akteuren, welche in Folge komplexer werden (Hutter et al. 2019a, 329; Hutter et al. 2019b, 169). Zum einen kann demnach eine bewegungsinduzierte Transformation oder Polarisierung bestehender Parteien erfolgen, zum anderen kann es zur Gründung neuer Parteien aus sozialen Bewegungen heraus sowie zur Entstehung hybrider Organisationsformen kommen (Hutter et al. 2019a, 329; Hutter et al. 2019b, 169–173).

Eine bewegungsinduzierte Transformation bestehender politischer Parteien hinsichtlich ihrer Programmatik ist im Zuge einer Repräsentationskrise recht wahrscheinlich (Hutter et al. 2019b, 169–170; siehe auch Kriesi 2015, 674–675). Durch eine enge Verflechtung der Anhängerschaft einer Bewegung und der Basis einer Partei kommt es zu einer engen programmatischen und personellen Bindung zwischen den beiden kollektiven Akteuren, was letztendlich zu einer innerparteilichen, bewegungsinduzierten Polarisierung führt (McAdam und Tarrow 2010, 534; Hutter et al. 2019b, 170). Im Kontext des politischen Systems der USA ist eine solche Entwicklung keine Seltenheit (McAdam und Tarrow 2010, 534). Die großen amerikanischen Parteien stellen heutzutage eher Dachorganisationen oder Koalitionen dar, die unterschiedlichste Wählerschaften beherbergen (McAdam und Tarrow 2010, 535; siehe auch Bawn et al. 2012). Innerhalb dieser Koalitionen befinden sich auch mobilisierte Flügel sozialer Bewegungen. Sowohl die Demokratische als auch die Republikanische Partei sind seit ihrer Gründung

entscheidend und nachhaltig durch den Einfluss verschiedener sozialer Bewegungen verändert worden (McAdam und Kloos 2014; Schlozman 2015). Beispielhaft für eine solche bewegungsinduzierte Polarisierung können der Einfluss des CRM auf die Demokratische Partei und die Transformation der Republikanischen Partei durch das Tea Party Movement angeführt werden (Kriesi 2015, 676; siehe auch McAdam und Kloos 2014).

Auch können aus sozialen Bewegungen neue politische Parteien hervorgehen (Dahl 1967, 429–430; Cowell-Meyers 2014, 73; Schlozman 2015, 16; Hutter et al. 2019b, 171). Eine aussichtsreiche Neugründung von Parteien aus bestehenden sozialen Bewegungen gestaltet sich im politischen System der USA jedoch schwierig (Kriesi 2015, 675). Das liegt vor allem am Mehrheitswahlssystem, welches stark zu einem Zwei-Parteien-System tendiert und somit eine erfolgreiche Etablierung von Drittparteien behindert (Duverger 1954; Rosenstone et al. 1996; siehe auch Karol 2016, 486).

Des Weiteren können während einer Repräsentationskrise hybride Organisationsformen entstehen, die sowohl Merkmale von Parteien als auch Charakteristika von Bewegungen aufweisen (Hutter et al. 2019b, 172). Eine solche hybride Organisationsform sehen Hutter et al. (2019b, 172) beispielsweise im Konzept der Bewegungsparteien nach Kitschelt (2006, 280), welche dieser als “[...] coalitions of political activists who emanate from social movements and try to apply the organizational and strategic practices of social movements in the arena of party competition” definiert. Als eine weitere hybride Organisationsform führen Hutter et al. (2019b, 174) das Konzept einer bewegungshaften Partei an, basierend auf Almeidas (2010) *social movement partyism*. Unter diesem Typus werden Oppositionsparteien verstanden, welche das Anliegen einer sozialen Bewegung zu ihrem eigenen machen, indem sie sich mit einer Bewegung zusammenschließen. Dabei greifen jene Parteien jedoch auf typische Strategien sozialer Bewegungen, wie beispielweise Störaktionen und Straßenproteste, zurück, um eigene ParteianhängerInnen und andere Gruppen zu mobilisieren und so schlussendlich die Ziele der Bewegung durchzusetzen (Almeida 2010, 174).

4. Theoretischer Rahmen

Die Frage, ob und welchen Einfluss soziale Bewegungen innerhalb des politischen Prozesses ausüben, ist nicht verallgemeinernd beantwortbar (Amenta et al. 2019, 453). Um den Einfluss einer sozialen Bewegung auf eine politische Partei analytisch beschreiben zu können, bedarf es eines passenden theoretischen Rahmens, der es erlaubt, den Einflussgrad einer Bewegung schrittweise zu untersuchen. Dementsprechend werden im Folgenden zwei theoretische Ansätze aus der Bewegungsforschung kombiniert, welche es erlauben, eine mögliche Einflussnahme der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei stufenweise zu erforschen. Während mithilfe des Agenda-Setting-Power-Ansatzes systematisch analysiert werden kann, ob eine

Bewegung zumindest kurzfristigen Einfluss auf das Agenda-Setting einer Partei hat, kann mithilfe des aus dem politischen Prozessansatz stammenden Bündniskonzeptes ermittelt werden, ob der Einfluss einer Bewegung über das reine Agenda-Setting hinausreicht.

4.1. Die Agenda-Setting-Power sozialer Bewegungen

Sozialen Bewegungen fehlt es für gewöhnlich an einem direkten Zugang zu den zentralen Entscheidungsprozessen innerhalb eines politischen Systems (McCarthy et al. 1996, 291). Sie sind daher gezwungen von außen auf die von ihnen vertretenen Themen aufmerksam zu machen. Die allgemeine Öffentlichkeit, die Medienlandschaft, politische Parteien sowie einzelne Kandidaten oder Amtsinhaber bilden die unterschiedlichen Zielgruppen, welche von sozialen Bewegungen hierbei adressiert werden (McCarthy et al. 1996, 292). Es kann also grob zwischen vier Arenen und deren Agenden differenziert werden, auf welche Bewegungen Einfluss zu nehmen versuchen: 1) die „public agenda“ 2) die mediale Agenda, 3) die Regierungsagenda und 4) die elektorale Agenda (McCarthy et al. 1996, 293).

Um die Auswirkungen und den Einfluss sozialer Bewegungen auf diese verschiedenen Agenden systematisch zu untersuchen, hat sich innerhalb der Bewegungsforschung der Agenda-Setting-Power-Ansatz herausgebildet (Walgrave und Vliegenthart 2012; Vliegenthart et al. 2016; Hutter und Vliegenthart 2018), der auf die theoretischen Konzepte und Methoden des Agenda Setting Frameworks zurückgreift, wie sie vor allem in der *Public Policy* Forschung verwendet werden (Baumgartner und Jones 1993; Jones und Baumgartner 2005). Hiermit kann die Wirksamkeit und Effektivität von Protestaktivitäten sozialer Bewegungen erforscht werden, indem die *issue attention* politischer Eliten zu spezifischen Protestthemen analysiert wird (Vliegenthart et al. 2016, 839–840; Hutter und Vliegenthart 2018, 358–359).

Innerhalb des politischen Prozesses bildet das Agenda-Setting ein entscheidendes Element und eine notwendige Voraussetzung für das Erreichen einer gesellschaftlichen oder politischen Veränderung (Hutter und Vliegenthart 2018, 366). Um die eigenen *policy goals* durchzusetzen und somit den angestrebten politischen Wandel herbeiführen zu können, ist es demnach erforderlich, dass eine soziale Bewegung es schafft, ihre Thematik erfolgreich auf der öffentlichen und politischen Agenda zu platzieren (Walgrave und Vliegenthart 2012, 129; Vliegenthart et al. 2016, 839).

Der Agenda-Setting-Power Ansatz eignet sich daher, um die Beziehungen und Dynamiken zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien systematisch zu untersuchen (Hutter et al. 2019a; Hutter et al. 2019b). Das Kernargument ist, dass politische Eliten, darunter politische Parteien und einzelne KandidatInnen, ihre Aufmerksamkeit für bestimmte Themen erhöhen, sobald nicht nur Proteste, sondern auch sonstige Bewegungsaktivitäten diesbezüglich zunehmen (Vliegenthart et al. 2016, 838; Hutter und Vliegenthart 2018, 359, 366; Hutter et al. 2019a, 327;

Hutter et al. 2019b, 168). Dieses Argument wird gestützt durch eine Reihe an empirischen Studien, die verdeutlichen, dass soziale Bewegungen und damit einhergehende Proteste besonders in den frühen Phasen des legislativen Prozesses, nämlich während der Phase des Agenda-Settings, einflussreich sind (Andrews 2001; Andrews und Edwards 2004; King et al. 2005; Soule und King 2006; King et al. 2007; Johnson 2008; Olzak und Soule 2009). Den größten Effekt können soziale Bewegungen erzielen, wenn die zugehörigen Proteste große Teilnehmerzahlen vorweisen können (McAdam und Su 2002, 716; Walgrave und Vliegenthart 2012, 151), da hiermit eine breite Unterstützung für jene Themen an politische Eliten signalisiert wird (vgl. Lohmann 1993). Besonders zu Zeiten von Wahlen eröffnet sich so ein *window of opportunity* für soziale Bewegungen, da in diesem Zeitraum typischerweise eine verstärkte öffentliche Debatte in Bezug auf politische Themen stattfindet (McCarthy et al. 1996, 299).

Hierbei stellt sich jedoch die Frage, wie diese erhöhte Aufmerksamkeit für die Themen sozialer Bewegungen erklärt werden kann und weshalb politische Eliten diese als Reaktion auf Protestaktivitäten verstärkt aufgreifen sollten. Ausgehend von der Argumentation Lohmanns (1993), dass Proteste der Informationsübermittlung an politische Eliten dienen, begründen Vliegenthart et al. (2016, 840), dass Proteste ein Signal der Unzufriedenheit mit einem bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Zustand aussenden. Proteste und eine Medienberichterstattung über dieselben informieren politische Eliten demnach zum einen über ernste gesellschaftliche Probleme (Vliegenthart et al. 2016, 840). Zum anderen zeigen sie auf, dass ein Teil der Öffentlichkeit von politischen Eliten verlangt, in jenen Angelegenheiten zu handeln und die ausgemachten Probleme zu lösen (Vliegenthart et al. 2016, 840). Eine Reihe an Eigenschaften des Signals, welches Proteste aussenden, machen dieses für politische Eliten in besonderem Maße wahrnehmbar und beachtenswert: „[...] it is public and accessible, negative, most of the time unambiguous, with a clear evaluative slant, applicable to one's task, and (for some elites) compatible with existing predispositions“ (Vliegenthart et al. 2016, 840–841). Daraus lässt sich die Annahme ableiten, dass es für politische Eliten, konkret politische Parteien, besonders attraktiv ist, die Themen einer Bewegung aufzugreifen, wenn diese mit den vorherigen Prädispositionen einer Partei kompatibel und vereinbar sind (siehe auch Hutter und Vliegenthart 2018, 360–361). Der Anreiz für Parteien, die Themen einer sozialen Bewegung aufzugreifen, wird zusätzlich verstärkt, sobald die infrage stehende Partei der Opposition zugeordnet werden kann (Hutter und Vliegenthart 2018, 361, 366).

Infolge der landesweiten Proteste, welche im Sommer 2020 in Reaktion auf die Tötung George Floyds in den USA stattfanden, hat die BLM-Bewegung eine große mediale und öffentliche Aufmerksamkeit erfahren (vgl. Pew Research Center 2020d). Ausgehend von der Argumentation des Agenda-Setting-Power-Ansatzes sollten politische Parteien mit der Zunahme der Protestaktivitäten der BlackLivesMatter-Bewegung und den von ihr betonten Thematiken eine

erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Da die in dieser Arbeit untersuchte Demokratische Partei als *issue owner* im Bereich der *civil rights* und *minority rights* gilt (siehe u.a. Petrocik et al. 2003, 603, 625), kann angenommen werden, dass die Prädispositionen dieser Partei mit den durch die BLM-Bewegung hervorgehobenen *issues* vereinbar sind. Besonders mit Hinblick auf den Kontext des Präsidentschaftswahlkampfes, der sich zeitlich mit den Protesten überschneiden hat, sollte sich ein *window of opportunity* für die BlackLivesMatter-Bewegung geöffnet haben, um ihre Thematiken auf die Agenda der DP zu setzen.

Daraus lässt sich folgende Hypothese ableiten:

H1: Die von der BlackLivesMatter-Bewegung angesprochenen Thematiken haben im Präsidentschaftswahlkampf 2020 der Demokratischen Partei eine zentrale Rolle gespielt.

4.2. Soziale Bewegungen und politische Parteien als Verbündete

In einem Mehrheitswahlssystem gestaltet es sich für soziale Bewegungen schwierig, eine neue Partei innerhalb des politischen Systems erfolgreich zu etablieren (Kriesi 2015, 669). Wenn Bewegungen anstreben, einen nachhaltigen Policy-Wandel herbeizuführen, ist es demnach notwendig, die Unterstützung einer bereits etablierten politischen Partei zu suchen (Heaney und Rojas 2007, 435; Kriesi 2015, 669; Scholzman 2015, 4; Brooker 2019, 11). Dahl (1967, 429–430) argumentiert beispielsweise: „By entering into one of the existing parties, the movement can become an element in a major party coalition; it can thus use its bargaining power to gain influence for the movement within the party.“ Indem eine soziale Bewegung also ein Element der Koalition verschiedener Interessens- und Wählergruppen wird, die zusammen die Basis einer Partei bilden, kann sie so ihre Verhandlungsmacht nutzen, um innerhalb der Partei an Einfluss zu gewinnen (siehe auch Heaney und Rojas 2007, 435). Durch eine Allianz erhalten soziale Bewegungen einen potenziellen Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen. Parteien können also zu bedeutenden Verbündeten werden, mit deren Unterstützung Bewegungen ihren Zielen näherkommen (van Dyke 2003, 231; Kriesi 2015, 670).

In dieser Argumentation spiegelt sich der Grundgedanke des politischen Prozessansatzes wieder, wonach politische Parteien Teil der Bündnis- und Konfliktstruktur sind, in welche soziale Bewegungen eingebettet sind (Kriesi 2015, 667; Hutter et al. 2019a, 324–325; Hutter et al. 2019b, 165–166). Auch politische Parteien können einen Vorteil und Nutzen daraus ziehen, sich mit einer sozialen Bewegung zu verbünden (van Dyke 2003, 231; Schwartz 2010, 587–588; Brooker 2019, 9, 12). Soziale Bewegungen stärken nämlich die Position ihrer Verbündeten, indem sie einen gegebenen themenbezogenen Konflikt in der Öffentlichkeit ausweiten, eine öffentliche Debatte in Bezug auf jene Streitfrage anregen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit bewusst auf die betreffende Thematik lenken und das Framing der kontroversen Thematik aktiv nach ihrem

Ermessen prägen (Kriesi 2015, 670; Schlozman 2015, 18; Hutter et al. 2019a, 325; Hutter et al. 2019b, 166).

Besonders zur Zeit von Wahlen werden die Dynamiken zwischen politischen Parteien und sozialen Bewegungen verstärkt, da Parteien hier ihre Wahlprogramme ausarbeiten und versuchen potenzielle WählerInnen anzusprechen (Brooker 2019, 18). So besteht die Möglichkeit, dass Parteien ihre Positionen anpassen, um die in einer Bewegung vertretenen Wählergruppen anzusprechen (McAdam und Tarrow 2010, 533). Für politische Parteien kann es dabei sowohl aus strategischen als auch aus ideologischen Motiven attraktiv sein, ein Bündnis mit einer sozialen Bewegung einzugehen und diese somit offiziell zu unterstützen (Kriesi 2015, 670).

Parteien können zunächst als rationale und zielorientierte Akteure verstanden werden, deren Ziele primär die Maximierung von Wählerstimmen (vote seeking), das Erlangen politischer Ämter (office seeking), sowie das Durchsetzen politischer Inhalte (policy seeking) umfassen (Strom 1990). Für einen Wahlsieg innerhalb eines Zwei-Parteien-Systems ist es notwendig, eine Mehrheit zu erlangen (Schlozman 2015, 5; Brooker 2019, 12). Hierbei sind Parteien auf Interessensgruppen einschließlich sozialer Bewegungen angewiesen, um die für den Wahlsieg notwendigen Koalitionen zusammenzustellen (van Dyke 2003, 231; Schlozman 2015, 5; Brooker 2019, 12). Es kann für politische Parteien somit ansprechend oder sogar erforderlich sein, sich mit sozialen Bewegungen zu verbünden, da sich durch eine Allianz ein Zugang zu neuen Ressourcen, wie beispielsweise Wählerstimmen, eröffnet (Schwartz 2010, 590; Schlozman 2015, 5, 18; Brooker 2019, 12–13). In anderen Worten muss die infragestehende Partei das Bündnis und somit die Miteinbeziehung der sozialen Bewegung als vorteilhaft sowie als mit den eigenen, ideologischen Prädispositionen vereinbar ansehen (Schwartz 2010, 590; Schlozman 2015, 28). Diese Voraussetzung ist vor allem dann erfüllt, wenn die Anhängerschaft einer sozialen Bewegung Wählerschaften repräsentiert, die für einen Wahlsieg notwendig sind, oder einen beträchtlichen Teil der eigenen Parteibasis ausmacht (Brooker 2019, 15). Heaney und Rojas (2007, 434) bezeichnen diese Überlappung der Unterstützer einer sozialen Bewegung mit der Wählerbasis einer Partei als *party in the street*. Demnach ist es durchaus wahrscheinlich, dass ein erheblicher Teil der Unterstützer einer sozialen Bewegung duale Loyalitäten zum einen für die Bewegung, zum anderen für eine der großen politischen Parteien besitzt (Heaney und Rojas 2007, 452–453). In diesem Fall und besonders in Zeiten zunehmender Polarisierung kann es für eine Partei deshalb vorteilhaft sein, den Forderungen einer Bewegung nachzugeben und die Strategie *playing to the base* zu verfolgen, anstatt sich nach dem *median voter* auszurichten (McAdam und Kloos 2014, 10; Brooker 2019, 15). Tatsächlich kann eine politische Partei sogar ihre zum Wahlsieg erforderlichen Koalitionen gefährden, wenn sie sich nicht mit einer Bewegung verbündet (Brooker 2019, 17). Es ist daher bedeutend, die Beziehung zwischen politischen Parteien und sozialen Bewegungen unter Berücksichtigung bestimmter Wählerschaften zu

betrachten: „ [...] what matters is the triangle of movements, parties, and constituencies“ (Goldstone 2003, 19).

Geht eine politische Partei ein solches Bündnis ein, so erfolgt durch diese eine aktive Einbeziehung der sozialen Bewegung. Dabei werden nicht nur die durch die soziale Bewegung betonten Thematiken durch die Partei verstärkt aufgegriffen, sondern auch die von der Bewegung genutzten Frames sowie Policy-Vorschläge übernommen (Hutter und Vliegenthart 2018, 359; Brooker 2019, 27). Der Grad zu dem das Framing einer Bewegung durch eine politische Partei übernommen wurde, gibt demnach Aufschluss darüber, wie tiefgreifend die Wechselbeziehung zwischen einer Partei und einer Bewegung ist.

Zusammenfassend kann also argumentiert werden, dass es besonders für ideologisch nahestehende Parteien vorteilhaft und sowohl aus ideologischen als auch aus strategischen Gründen attraktiv sein kann, ein Bündnis mit einer sozialen Bewegung einzugehen und diese offenkundig zu unterstützen. Indem sie das Framing, darunter die Problemdefinitionen (*diagnostic frames*) und Lösungsvorschläge (*prognostic frames*), einer Bewegung aufgreifen, verdeutlichen politische Parteien ihre Unterstützung für ebendiese. Damit können sie wiederum die in einer sozialen Bewegung vertretenen Wählergruppen adressieren und somit ihre eigene Position im Kontext bevorstehender Wahlen stärken.

Eine Reihe von Studien zeigt, dass 2020 die Themen *race relations* und *criminal justice reform* auch in der Bevölkerung eine hohe Salienz erreicht haben. Schon im Dezember 2019 gaben 66 Prozent der AmerikanerInnen an, dass die Positionen der KandidatInnen und Parteien zu diesen Themen eine extrem oder sehr wichtige Rolle für ihre Wahlentscheidung im kommenden Herbst spielen werden (Gallup 2020b). Betrachtet man nur die Antworten derjenigen, die sich als der Demokratischen Partei zugeneigt bezeichnen, sind es 33 Prozent, welche die Antwortkategorie „extremely important“ angegeben haben (Gallup 2020b). Im Juni 2020 gaben sogar 19 Prozent aller Befragten einer weiteren Studie an, dass die Thematik der *race relations* die wichtigste Problematik darstellt, der die USA aktuell gegenübersteht (Gallup 2020a). Auch die BlackLivesMatter-Bewegung selbst konnte im Sommer 2020 große Unterstützung innerhalb der amerikanischen Bevölkerung erreichen: 67 Prozent der AmerikanerInnen gaben an, die Bewegung zu unterstützen, 38 Prozent äußerten sogar starke Unterstützung (Pew Research Center 2020a, 5). Die Ergebnisse dieser Studie sind besonders bedeutend im Hinblick auf das Konzept der *party in the street*. Die Unterstützung für die Bewegung war in der schwarzen Bevölkerung, die traditionell eine bedeutende Wählerschaft der Demokratischen Partei darstellt, besonders hoch: 86 Prozent äußerten ihre Unterstützung, 71 Prozent bekundeten sogar eine starke Unterstützung für die Bewegung (Pew Research Center 2020a, 14). Bemerkenswert ist jedoch vor allem, dass die Bewegung im Juni 2020 auch in der weißen, demokratisch-geneigten Bevölkerung sehr stark unterstützt wurde. Aus dieser Gruppe gaben 92 Prozent ihre Befürwortung

und sogar 62 Prozent eine starke Unterstützung für die Bewegung an (Pew Research Center 2020a, 14). Daraus wird deutlich, dass es eine sichtbare Überschneidung potenzieller und wichtiger Wählerschaften der DP mit den Unterstützern der BLM-Bewegung gab. Mit Hinblick auf diese Überlappung kann anknüpfend an die vorausgegangene theoretische Darlegung argumentiert werden, dass es für die Demokratische Partei, gerade als Issue-Owner im Bereich der *civil* und *minority rights*, vorteilhaft wäre, im Präsidentschaftswahlkampf 2020 ein Bündnis mit der BLM-Bewegung einzugehen.

Daraus ergibt sich folgende Hypothese:

H2: Die Demokratische Partei ist ein Bündnis mit der BlackLivesMatter-Bewegung eingegangen und hat demnach die diagnostic und prognostic frames der BlackLivesMatter-Bewegung aufgegriffen.

5. Forschungsdesign und Methodik

Um den Einfluss der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei im Präsidentschaftswahlkampf 2020 analytisch beschreiben zu können, wurden im Rahmen dieser Arbeit zwei Hypothesen aufgestellt, welche eine stufenweise Untersuchung erlauben. Während mithilfe der ersten Hypothese analysiert werden kann, ob zumindest eine kurzfristige Einflussnahme der BLM-Bewegung auf das Agenda-Setting der DP stattgefunden hat, kann die zweite Hypothese Aufschluss darüber geben, ob nicht sogar schon eine tiefgreifendere Einflussnahme vorliegt, indem die DP das Framing der Bewegung übernommen hat und somit ein Bündnis mit ihr eingegangen ist. Zur empirischen Überprüfung jener Hypothesen wird in dieser Arbeit auf einen Mixed-Methods-Ansatz zurückgegriffen, eine Vorgehensweise, die innerhalb der Bewegungsforschung häufig angewendet wird (Della Porta 2014, 2).

5.1 Methodik zur Überprüfung von H1: Frequenzanalyse

Um zu überprüfen, ob die von der BlackLivesMatter-Bewegung angesprochenen Thematiken im Präsidentschaftswahlkampf 2020 der Demokratischen Partei tatsächlich eine zentrale Rolle gespielt haben, eignet sich der Rückgriff auf eine Frequenzanalyse besonders gut. Diese soll sowohl für die Party Platform 2020 der DP, als auch für die Twitterkommunikation dieser sowie ausgewählter demokratischer PolitikerInnen durchgeführt werden. Damit soll ein möglichst umfangreiches Bild der DP und ihrer Aufmerksamkeit für die mit der BLM-Bewegung in Verbindung stehenden Thematiken im Präsidentschaftswahlkampf 2020 erfasst werden.

Mithilfe einer Frequenzanalyse kann ermittelt werden, wie häufig einzelne *issues* thematisiert wurden. Diese Häufigkeiten ermöglichen es wiederum, Rückschlüsse darüber zu ziehen, welche Aufmerksamkeit bestimmten Thematiken insgesamt im Vergleich zum Gesamtinhalt eines Wahlprogramms oder gegenüber der gesamten Twitterkommunikation der ausgewählten Accounts geschenkt wurde.

Die Social Media Plattform Twitter hat sich seit ihrer Gründung 2006 als wichtiges Kommunikationsmittel etabliert, auf das in den USA verstärkt auch PolitikerInnen und politische Parteien zurückgreifen, um unter anderem mit ihren Wählerschaften direkt und ungefiltert zu kommunizieren. PolitikerInnen der DP sind dabei besonders aktiv auf Twitter (Pew Research Center 2020c, 5). Unter der Annahme, dass sich Social Media Plattformen während des Wahlkampfes 2020 im Hinblick auf die Corona-Pandemie als besonders wertvolles Kommunikationstool erwiesen haben, sollte die Twitterkommunikation der DP Aufschluss über deren Agenda und Positionen im Präsidentschaftswahlkampf geben. Tatsächlich hat sich die Twitteraktivität des durchschnittlichen Kongressmitglieds 2020 im Vergleich zu 2019 um etwa 34 Prozent erhöht (Pew Research Center 2020c, 14). Da der Rahmen dieser Arbeit nur die Analyse einer Auswahl an Twitteraccounts erlaubt, wurden für die folgende Untersuchung acht Accounts selektiert. Dazu gehören zum einen der Hauptkanal der DP auf Twitter, @TheDemocrats, sowie der offizielle Account der Demokraten des Repräsentantenhauses, @HouseDemocrats. Zum anderen wurden die Accounts prominenter demokratischer PolitikerInnen ausgewählt, die gemessen an ihrer Follower-Anzahl die größte Reichweite auf Twitter besitzen (Pew Research Center 2020c, 6, 30). Als demokratischer Präsidentschaftskandidat nahm Joe Biden (@JoeBiden) eine zentrale Rolle im Wahlkampf 2020 ein. Auch Kamala Harris (@KamalaHarris), die im August 2020 offiziell als *running mate* Joe Bidens und somit zur demokratischen Vizepräsidentschaftskandidatin erklärt wurde, war eine zentrale Figur des demokratischen Wahlkampfes 2020. Mit Elizabeth Warren (@ewarren) und Bernie Sanders (@BernieSanders), wird nicht nur die Twitterkommunikation zweier prominenter Senatsmitglieder in die Analyse aufgenommen. Beide haben 2020 selbst für die Präsidentschaft kandidiert und waren somit ebenfalls sehr präsent. Mit Alexandria Ocasio-Cortez (@AOC) und Nancy Pelosi (@SpeakerPelosi) werden die beiden demokratischen Abgeordneten des Repräsentantenhauses mit der größten Follower-Anzahl auf Twitter in die Untersuchung integriert (Pew Research Center 2020c, 30).

Als Untersuchungszeitraum der Twitterkommunikation wurde der 25.05.2020 bis zum 02.11.2020 gewählt. Dieser Zeitraum ergibt sich aus der Tötung George Floyds und dem Ende des Präsidentschaftswahlkampfes 2020. Für die anschließende Analyse wurden alle Tweets der selektierten Accounts, welche im genannten Untersuchungszeitraum entstanden sind, mit Hilfe von Python¹ erhoben.

Die Analyseeinheit bildet hierbei der einzelne Tweet, wobei auch darin eingebettete Videos, Bilder, Grafiken und Verlinkungen berücksichtigt wurden, da so besser auf die tatsächliche Aussage des einzelnen Tweets abgestellt werden kann. Zudem wurden auch Retweets in die

¹ Python ist eine Programmiersprache, die es erlaubt über die Twitter-API auf Twitterdaten zuzugreifen. Hiermit können Twitterdaten ausgewählter Accounts angefordert und als Datensatz erhoben werden.

Analyse miteinbezogen. Diese sind Tweets, die ursprünglich durch eine andere Person verfasst, jedoch von den analysierten Accounts kommentarlos weiterverbreitet wurden. Die Aufnahme von Retweets in die Untersuchung begründet sich damit, dass es als explizite Zustimmung gewertet werden kann, wenn der Tweet einer anderen Person bewusst auf dem öffentlichen Profil des eigenen Accounts weiterverbreitet wird. Insgesamt wurden so 9904 Tweets der DP und demokratischer PolitikerInnen erfasst und archiviert.

Die Analyseeinheit der Party Platform 2020 bilden die einzelnen Absätze des Parteiprogramms. Innerhalb des Parteiprogramms sind diese Absätze durch eine Leerzeile gekennzeichnet. Zunächst erfolgte eine Auszählung aller Absätze der Party Platform 2020, um somit nachfolgend den Anteil der für diese Untersuchung relevanten Absätze an der Gesamtanzahl aller Absätze ermitteln zu können.

Anschließend wurden alle relevanten Absätze der Party Platform sowie alle relevanten Tweets gekennzeichnet und ausgezählt. Als solche gelten diejenigen Absätze und Tweets, welche inhaltlich Thematiken behandeln, die durch die BLM-Bewegung angesprochen werden oder im Zusammenhang mit dieser stehen. Dazu zählen alle Analyseeinheiten, in denen die Notwendigkeit einer Reform des Strafjustizsystem und die Bewältigung der Problematik der Polizeigewalt angesprochen werden. Ebenso kodiert wurden alle Analyseeinheiten, in denen die Probleme eines strukturellen, systemischen Rassismus, die Problematik der „white supremacy“ und sonstiger „racial injustices“ thematisiert werden, wie beispielsweise die systematische Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung und der PoC im Bildungs-, Sozial-, Wirtschafts- oder Gesundheitssystem der USA. Darüber hinaus wurden alle Analyseeinheiten kodiert, die sich mit den Protesten der Bewegung befassen und konkret Bezug auf die Opfer von Polizeigewalt oder sonstiger rassistisch motivierter Gewalt nehmen. Als relevant gelten auch Analyseeinheiten, die in sonstiger Weise betonen, dass „Black Lives Matter“, indem sie konkret die afroamerikanische Bevölkerung und PoC adressieren.

Um die entsprechenden Absätze und Tweets zu filtern, wurde eine Stichwortsuche angewendet. Dabei wurden jedoch nur Analyseeinheiten kodiert, die tatsächlich für diese Untersuchung relevant sind. Die dafür genutzten Begriffe und Schlagwörter können in Tabelle 1 nachvollzogen werden.

Tabelle 1: Schlagwörter der Stichwortsuche

Schlagwörter der Stichwortsuche	Black; African American; [...] of color; race; racial; racism; white supremacy; white supremacist(s); (in)justice; (in)equality; (in)equity; discriminated; discrimination; criminalization; criminalize(d); criminal; war on drugs; incarceration; police; policing; violence; brutality; cops; protest; surveillance; pain; defund; divest; George Floyd; Breonna Taylor; Jakob Blake; Ahmaud Arbery; Daniel Prude; Tamir Rice; Trayvon Martin; Sandra Bland; Michael Brown; Eric Garner; Jamar Clark; Philando Castile; Walter Wallace Jr.; Freddie Gray; Juneteenth;
---------------------------------	--

Quelle: Eigene Darstellung

Die durch dieses Vorgehen gewonnenen Daten sollten Aufschluss darüber geben, welchen Stellenwert die BLM-Thematik im Wahlkampf der Demokratischen Partei hatte und ob es der BLM-Bewegung gelungen ist, ihre Themen auf die Agenda zu setzen. Die Ergebnisse der Frequenzanalyse sollten also eine eindeutige Beantwortung von H1 ermöglichen.

5.2 Methodik zur Überprüfung von H2: Framing-Analyse

Zur Überprüfung von H2 soll dagegen auf die Kombination einer deduktiven und induktiven Framing-Analyse zurückgegriffen werden. Dieses Vorgehen findet sich auch in der Bewegungsforschung vermehrt wieder (Lindekilde 2014, 213). Dabei werden die im Rahmen der Frequenzanalyse gefilterten relevanten Absätze der Party Platform 2020 der Demokratischen Partei, sowie die relevanten Tweets der acht demokratischen Twitteraccounts auf bestimmte *frames* hin untersucht.

Zunächst muss deshalb das Framing der BLM-Bewegung ermittelt werden. Dafür wurde die Twitterkommunikation der beiden Hauptbewegungsorganisationen der BlackLivesMatter-Bewegung systematisch untersucht. Repräsentativ für die Bewegung wurden die Twitteraccounts des BLMGN (@Blklivesmatter) und des M4BL (@Mvmnt4Blklives) zur Analyse herangezogen. Den Untersuchungszeitraum bildet ebenfalls der 25.05.2020 bis zum 02.11.2020. Insgesamt wurden damit 1752 Tweets untersucht. Diese Vorgehensweise bot sich besonders deshalb an, da die BLM-Bewegung auf Twitter entstanden ist und die Plattform nach wie vor deren Hauptkommunikationsinstrument darstellt. Zunächst wurden mithilfe der deduktiv aus dem Framing-Ansatz nach Snow und Benford (1988) abgeleiteten Kategorien der *diagnostic* und *prognostic frames* relevante Tweets gefiltert. Das Konzept der *diagnostic frames* ist hilfreich, um diejenigen Tweets zu identifizieren, in denen die Bewegung konkret Probleme definiert und Ursachen ausmacht. Die Kategorie der *prognostic frames* dient der Identifizierung der Forderungen und Lösungsvorschläge, die durch die BLM-Bewegung geäußert werden. Im Anschluss wurde aus den inhaltlichen Ausprägungen dieser *core framing elements* ein Kategoriensystem induktiv erstellt, welches einen Überblick über die von der Bewegung

hauptsächlich genutzten *frames* gewährt. Für die Ermittlung der *prognostic frames* wurden zusätzlich die Policy Platform des M4BL sowie die Website des Breathe Act untersucht, auf welche häufig Bezug genommen wurde.

Unter Rückgriff auf dieses Kategoriensystem wurden nachfolgend die im Rahmen der Frequenzanalyse gefilterten Absätze der Democratic Party Platform 2020 sowie die relevanten Tweets der DP inhaltlich untersucht und auf das Vorliegen jener *frames* geprüft. Zusätzlich wurden die Analyseeinheiten auf die Verwendung von vier Frames untersucht. Der *solidarity frame* stellt darauf ab, ob sich die Demokratische Partei oder jene ausgewählten PolitikerInnen als Teil der Bewegung identifizieren oder explizit ihre Solidarität mit der Bewegung und deren DemonstrantInnen geäußert haben. Mithilfe der Kategorie des *motivational frame* wird ermittelt, ob die DP selbst zu Protest- oder Bewegungsaktivitäten im Zusammenhang mit BLM aufgerufen hat. Mithilfe des *urgency frames* kann beleuchtet werden, inwieweit die Dringlichkeit der Problematik erkannt und betont wurde. Der *victims frame* wiederum fragt danach, ob konkret auf Einzelschicksale Bezug genommen wurde, welche auch durch die BLM-Bewegung hervorgehoben wurden. Abbildung 1 zeigt das entwickelte Kategoriensystem. Der genaue Kodierleitfaden wird im Anhang dieser Arbeit aufgeführt.

Tabelle 2: Kategoriensystem

Diagnostic Frames	Prognostic Frames	Zusätzliche Frames
<p><i>Problemursache</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Structural, systemic racism 2. White supremacy 3. “War on Drugs” <p><i>Missstände</i></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Criminalization 2. Over-policing/over-reliance on the police 3. Overfunding of police/carceral system 4. Racial bias in criminal justice system 5. Racial bias in policing/Anti-Black police violence 6. Police impunity 7. Economic injustice 8. Educational injustice 9. Electoral injustice 10. Environmental/Climate injustice 11. Health injustice 12. Housing injustice 13. War on Black women/ Women of Color 14. War on Black LGBTQ+ people/ LGBTQ+ People of Color 15. Violence on protestors 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Pass the Breathe Act 2. Divest: For a future without police, prisons and jails 3. Decarcerate 4. Demilitarize the police 5. End private, for-profit detention facilities 6. End money bail 7. End pre-trial detention 8. End solitary confinement 9. End use of past criminal history (“ban the box”) 10. End disenfranchisement of formerly and currently incarcerated 11. End the “War on Drugs” 12. Expand community control 13. Real police accountability: Collect comprehensive data and report on police misconduct 14. Real police accountability: Liability for misconduct 15. End use of surveillance technologies 16. Reparations 17. Decriminalize youth under 23 18. End school-to-prison-pipeline 19. Remove police from schools 20. Invest in non-punitive, non-carceral approaches to community safety 21. Invest in communities (education, healthcare, employment programs, housing) 22. Access to free quality education 23. Universal, free, quality healthcare 24. Expand home ownership 25. Raise minimum wage to 15\$/hour 26. Basic universal income 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Solidarity 2. Motivational 3. Urgency 4. Victims

Quelle: Eigene Darstellung

Zwar bietet das hier entwickelte Kategoriensystem klare Kodierregeln, die zur Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Framing-Analyse beitragen. Jedoch sind die Reliabilität und Reproduzierbarkeit der Analyse aufgrund ihrer induktiven Elemente deutlichen Einschränkungen unterworfen. Die Interpretation der inhaltlichen Ausprägungen der in der induktiven Analyse identifizierten Frames ist subjektiv geprägt und könnte bei erneuter Durchführung durch weitere Kodierer leicht abweichen. Auch ist es im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich, einen zweiten

Kodierungsprozess vorzunehmen. Da diese Arbeit nicht die Erklärung von Kausalmechanismen zum Ziel hat, sind diese Einschränkungen jedoch vertretbar.

6. Fallstudie: BlackLivesMatter und die Democratic Party im Präsidentschaftswahlkampf 2020

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Analyse der Democratic Party Platform 2020 sowie der Untersuchung der Twitterkommunikation der DP präsentiert. Im Anschluss erfolgt eine Diskussion der gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf die Frage, welchen Einfluss die BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei im Präsidentschaftswahlkampf 2020 hatte und in welchen Beziehungstypus das Verhältnis der DP zur BLM-Bewegung eingeordnet werden kann.

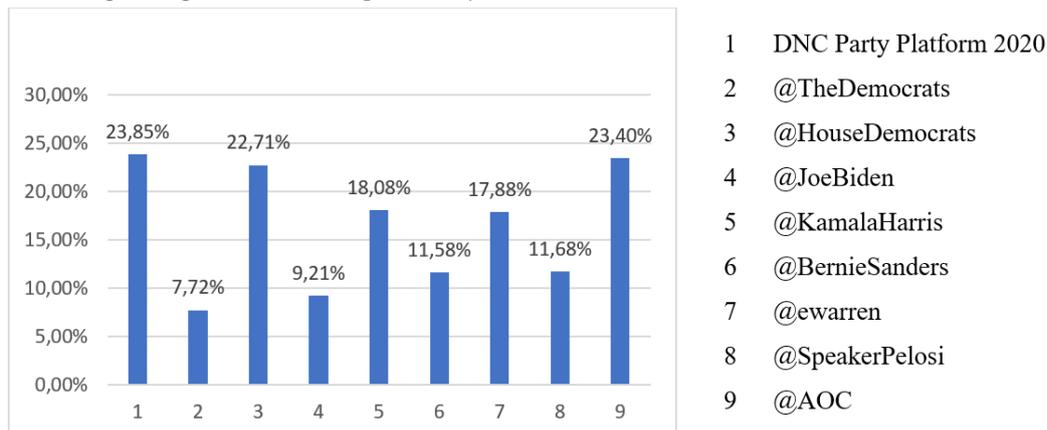
6.1. Überprüfung von H1

Unter Bezugnahme auf die Kernargumentation des Agenda-Setting-Power-Ansatzes wurde im Rahmen dieser Arbeit eine erste Hypothese abgeleitet:

H1: Die von der BlackLivesMatter-Bewegung angesprochenen Thematiken haben im Präsidentschaftswahlkampf 2020 der Demokratischen Partei eine zentrale Rolle gespielt.

Wie Abbildung 1 zeigt, waren die BLM-Bewegung und die mit ihr in Verbindung stehenden Themen im Wahlkampf der Demokratischen Partei durchaus präsent:

Abbildung 1: Ergebnisse der Frequenzanalyse



Quelle: Eigene Darstellung

Besonders im Parteiprogramm der Demokratischen Partei hat das Thema BLM mit einem Anteil von ca. 24% eine zentrale Rolle gespielt. Auch wenn das Wahlprogramm keine Verbindlichkeit für einzelne Mandatsträger oder Kandidaten der DP besitzt, kommt dem Inhalt der Party Platform eine erhebliche Aussagekraft zu, da diese die politischen Prioritäten und Positionen der Demokratischen Partei widerspiegelt. Insofern ist es bemerkenswert, dass beinahe ein Viertel aller Absätze des Parteiprogramms als relevant kodiert werden konnten. Schon in der Präambel liegt ein starker Fokus auf den Themen *racism*, *racial injustice* und *racial inequities*: etwa 35%

der Absätze der Präambel widmen sich den genannten Thematiken und Problemen. Auch im restlichen Parteiprogramm sind jene Themen allgegenwärtig. Die Notwendigkeit einer Reform des Strafjustizsystems und der Polizei stellt ein eigenes Kapitel dar, welches mit 21 Absätzen etwa 5% des gesamten Wahlprogramms einnimmt. Ebenso findet sich im Kapitel *Healing the Soul of America* ein eigener Unterabschnitt mit dem Titel *Achieving Racial Justice and Equity*, welcher mit 13 Absätzen knapp 3% des gesamten Parteiprogramms ausmacht. Auffällig ist jedoch, dass die Thematik der *racial injustices* und *racial inequities* über das gesamte Parteiprogramm verteilt angesprochen wird. Sowohl die großen Kapitel, in denen die Ziele der Partei für die US-Wirtschaft und das Gesundheitssystem erläutert werden, als auch die Kapitel zum Bildungswesen, Umweltschutz oder zur Stärkung der Demokratie haben gemeinsam, dass auch hier den Themen *racial injustice* und *racial inequities* umfassende Aufmerksamkeit zuteilwird. Dabei adressieren die ausgemachten Policy-Vorschläge häufig konkret die afroamerikanische Bevölkerung beziehungsweise PoC. Die Agenda der Demokratischen Partei im Rahmen ihres Parteiprogramms spiegelt demnach wider, was durch die BLM-Bewegung häufig betont wurde:

„ [...] Also, Black people don't only exist within criminal legal system rhetoric. [...]”
(Blklivesmatter, 23.10.2020)

Interessanterweise weist der offizielle Twitter-Account der Demokratischen Partei (@TheDemocrats) mit ca. 8% den niedrigsten Anteil an relevanten Tweets auf. Auffällig ist hierbei, dass sich die Aufmerksamkeit besonders im Zeitraum vom 29.05.2020 bis zum 05.06.2020 konzentriert, indem die landesweit größten BLM-Proteste stattfanden und es in Reaktion auf den Tod George Floyds zu Ausschreitungen in mehreren Städten kam. Etwa 26% aller für die Untersuchung relevanten Tweets dieses Accounts wurden in diesem Zeitraum abgegeben. Die Twitterkommunikation von @TheDemocrats in jener Zeitspanne beschränkt sich zu etwa 80% auf Themen, die mit der BLM-Bewegung, Polizeigewalt und den damit verbundenen Protesten in Verbindung stehen. Danach nahm die Aufmerksamkeit für BLM zwar etwas ab, jedoch wurden bis zum 17.06.2020 fast täglich Beiträge mit Bezug zu BLM getwittert. Anlässlich des Juneteenth, des Gedenktags zur Befreiung der afroamerikanischen Bevölkerung aus der Sklaverei, bezogen sich am 19.06.2020 und 20.06.2020 mehr als die Hälfte der veröffentlichten Tweets (57%) auf Thematiken mit Bezug zu BLM. Danach verringerte sich die Aufmerksamkeit jedoch und es wurden nur noch sporadisch relevante Tweets abgegeben. Eine erneute erhöhte Aufmerksamkeit für BlackLivesMatter erfolgte am 24.08.2020, dem Tag, nachdem der Afroamerikaner Jacob Blake vor den Augen seiner Kinder durch mehrere Schüsse eines Polizeibeamten schwer verletzt wurde. Danach wurden nur noch vereinzelt relevante Beiträge getweeted. Anlässlich des National Black Voter Days wurde in mehreren Tweets die Verbundenheit der DP zur afroamerikanischen Bevölkerung ausgedrückt, sowie deren Bedeutung

für den Wahlausgang 2020 betont. Die BLM-Bewegung und die damit verbundenen Themen haben es damit auf die Agenda des offiziellen Twitteraccounts der DP geschafft, jedoch war die Aufmerksamkeit für jene Themen zumeist an spezifische Ereignisse gebunden.

Die Twitterkommunikation des Accounts @TheDemocrats steht in starkem Kontrast zur Kommunikation des offiziellen Accounts der Demokraten im Repräsentantenhaus (@HouseDemocrats). Der Anteil relevanter Tweets mit Bezug zu BLM im Verhältnis zur gesamten Onlinekommunikation im Präsidentschaftswahlkampf 2020 beträgt hier ca. 23% und damit fast dreimal so viel. Auch hier war die Aufmerksamkeit für BLM-relevante Themen Anfang Juni besonders hoch. Etwa 80% aller zwischen dem 01.06.2020 und 11.06.2020 veröffentlichten Tweets nehmen Bezug auf Themen, die mit der BLM-Bewegung in Zusammenhang stehen. Aber auch im restlichen Juni wurde täglich² mindestens ein relevanter Tweet verfasst. Im Juli und August wurden regelmäßig, wenn auch nicht in der gleichen Intensität wie Anfang Juni, Beiträge mit Bezug zu BLM relevanten Thematiken getweetet und auch im September und Oktober finden sich immer wieder relevante Tweets. Damit zeigt die Untersuchung des Accounts @HouseDemocrats, dass BLM und die damit verbundenen Themen eine zentrale Rolle in dessen Twitterkommunikation während des Wahlkampfes gespielt haben.

Von allen untersuchten demokratischen PolitikerInnen, weist die Twitterkommunikation des Präsidentschaftskandidaten Joe Biden am wenigsten relevante Beiträge auf. Etwa 9,21% aller Tweets aus dem Untersuchungszeitraum nehmen Bezug auf BLM oder damit verwandte Themen. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die mit der BLM-Bewegung in Zusammenhang stehenden Themen zwischen dem 29.05.2020 und dem 04.06.2020, wobei etwa 65% aller in diesen Tagen veröffentlichten Tweets auf *racial injustices*, *racial inequities*, Polizeigewalt oder sonstige relevante Themengebiete abstellen. Bis Ende Juni wurde fast täglich mindestens einmal zu solchen Themen getwittert. Und auch von Juli bis Anfang November wurde diesen Thematiken regelmäßig Aufmerksamkeit geschenkt, wenn auch nicht in derselben Intensität wie zuvor, als es noch mehrere relevante Tweets pro Tag waren.

Der offizielle Twitteraccount von Kamala Harris widmet sich dagegen mit etwa 18% in fast doppelt so vielen Tweets den mit der BLM-Bewegung verbundenen Thematiken. Besonders zwischen dem 28.05.2020 und dem 05.06.2020 ist die Aufmerksamkeit für jene Themen sehr hoch: etwa 66% aller in diesem kurzen Zeitraum verfassten Tweets befassen sich mit BLM relevanten Themen. Den gesamten Juni ebte die Aufmerksamkeit für *racial injustices*, *racial inequities*, Polizeigewalt und die Notwendigkeit einer Reform des Strafjustizsystems kaum ab. Täglich wurden mehrere Tweets dazu veröffentlicht. Die Auswertung zeigt, dass auch in den

² mit Ausnahme des 12.06.2020, 27.06.2020 und 30.06.2020

darauffolgenden Monaten bis zum 02. November, kontinuierlich im Abstand von wenigen Tagen, wenn nicht sogar täglich, zu den entsprechenden Themen getweetet wurde.

Ähnlich hoch war die Aufmerksamkeit Elizabeth Warrens für Thematiken mit Bezug zur BLM-Debatte. Etwa 18% ihrer Tweets befassten sich mit entsprechenden Themen und Problematiken. Besonders viele relevante Tweets ihres Accounts finden sich zwischen dem 29.05.2020 und dem 10.06.2020. Von allen Tweets aus diesem Zeitraum, beziehen sich etwa 70% auf Themen im Zusammenhang mit der BLM-Bewegung. Diese machen ca. 30% aller relevanten Tweets mit BLM-Bezug des Accounts aus. Bis Ende Juni wurden von diesem mehrfach pro Tag entsprechende Tweets abgegeben und auch im Juli finden sich fast täglich relevante Tweets. Von August bis Oktober nahm zwar die Häufigkeit relevanter Beiträge ab, jedoch blieben diese kontinuierlich ein Teil der Twitterkommunikation der Senatorin.

Die Aufmerksamkeit Bernie Sanders und Nancy Pelosis für die BLM-Thematik liegt bei etwas mehr als 11%. Auffällig ist auch hier, dass ein Großteil aller Tweets dieser beiden Accounts mit Bezug zu BLM im Juni versendet wurden: knapp 40% der relevanten Tweets von Bernie Sanders und rund 55% der entsprechenden Tweets Nancy Pelosis wurden allein im Juni 2020 veröffentlicht. Während Pelosi in den folgenden Monaten nur noch vereinzelt zu Themen im Zusammenhang mit BLM tweetete, zeigen die Datenauswertungen zu Bernie Sanders Account, dass dieser auch von Juli bis Anfang November weiterhin regelmäßig, in Abständen von nur wenigen Tagen, relevante Tweets verfasste.

Besonders große Aufmerksamkeit erfuhren die von der BLM-Bewegung hervorgehobenen und mit ihr in Verbindung stehenden Thematiken in der Twitterkommunikation von Alexandria Ocasio-Cortez. Rund 23% aller Tweets ihres Accounts im Untersuchungszeitraum vom 25.05.2020 bis zum 02.11.2020 nehmen Bezug auf die BLM-Debatte und Themen wie *racial injustices*, *racial inequities* oder Polizeigewalt. Am 26.05.2020 wurde Letzterer und dem Tod George Floyds große Aufmerksamkeit geschenkt. Vor allem vom 29.05.2020 bis zum 09.06.2020 wurden besonders viele relevante Tweets abgegeben: Etwa 71% der Twitterkommunikation in diesem kurzen Zeitraum beschränkte sich auf Themen im Zusammenhang mit der BLM-Debatte. Ocasio-Cortez tweetete vor allem von Ende Mai bis Ende Juni 2020 zu jenen Themen. Rund 64% aller Tweets mit BLM-Bezug wurden im Zeitraum vom 29.05.2020 bis zum 30.06.2020 versendet. Aber auch im Juli und August wurden regelmäßig solche Beiträge verfasst. Eine kurzfristig gesteigerte Aufmerksamkeit erlangten jene Thematiken beispielsweise am 24. und 25.08.2020 in Reaktion auf den Vorfall Jacob Blake. Von September bis Anfang November sank die Anzahl der relevanten Tweets zwar, dennoch wurden immer wieder Beiträge getweetet, welche Themen der BLM-Debatte aufgriffen.

Die Ergebnisse der Untersuchung³ zeigen, dass die von der BLM-Bewegung hervorgehobenen Themen eine zentrale Rolle im Präsidentschaftswahlkampf 2020 der Demokratischen Partei gespielt haben. Vor allem im Juni 2020, besonders am Anfang des Monats, als landesweit große Demonstrationen und Proteste in Reaktion auf die Tötung George Floyds stattfanden, wurde den mit der BLM-Bewegung verbundenen Themen große Aufmerksamkeit durch die untersuchten demokratischen PolitikerInnen sowie durch die DP geschenkt. Aber auch in den darauffolgenden Monaten ist die BLM-Debatte nicht verstummt. Die Twitterkommunikation sowohl der DP, als auch der meisten demokratischen PolitikerInnen dieser Untersuchung zeigt, dass von Juli bis November regelmäßig oder zumindest gelegentlich Tweets mit Bezug zur BLM-Bewegung und damit verwandten Thematiken verfasst wurden. Insbesondere die inhaltliche Ausrichtung der Democratic Party Platform 2020 zeigt, dass die Themen *racial injustice* und *racial inequities* eine hohe Priorität im Parteiprogramm und somit im Wahlkampf 2020 eingenommen haben. Insofern hat es die BLM-Bewegung geschafft ihre Thematiken auf die Agenda der Demokratischen Partei zu setzen. H1 kann demnach bestätigt werden.

6.2. Überprüfung von H2

Ausgehend von der Argumentation des politischen Prozessansatzes und dem darauf basierenden Konzept sozialer Bewegungen und politischer Parteien als Verbündete, wurde im Rahmen dieser Arbeit eine zweite Hypothese aufgestellt:

H2: Die Demokratische Partei ist ein Bündnis mit der BlackLivesMatter-Bewegung eingegangen und hat demnach die diagnostic und prognostic frames der Bewegung aufgegriffen.

Die Analyse zeigt, dass die *diagnostic frames* der BLM-Bewegung weitläufig übernommen wurden. Nicht nur die von der Bewegung identifizierten Problemursachen, sondern auch die von dieser hervorgehobenen Missstände wurden demnach zum großen Teil aufgegriffen.

Die Problematik und Existenz eines strukturellen oder systemischen Rassismus, welcher sowohl die amerikanische Gesellschaft, als auch den US-amerikanischen Staat auf seinen unterschiedlichen Ebenen durchdringt, wurde sowohl in der Party Platform 2020 als auch in der Twitterkommunikation aller untersuchten Accounts ausnahmslos anerkannt und mehrfach betont. Dieser wird als Ursache für jegliche *racial injustices* und *racial inequities* betrachtet, die es zu bekämpfen gilt. Jener Frame ist eng verknüpft mit der Problemursache der *white supremacy*. Der strukturelle, systemische Rassismus ist nach der Argumentation der BlackLivesMatter-Bewegung darauf zurückzuführen, dass das gesamte System der USA auf dem Gedanken der *white supremacy* gegründet wurde und somit auf diskriminierenden Strukturen aufbaut. Das Fortbestehen dieses Gedankens in staatlichen Systemen, im Polizeiwesen, aber auch in der amerikanischen Gesellschaft wird von der BLM-Bewegung als Gefahr und Ursache von

³ Siehe für einen Überblick auch Tabelle 3 im Anhang

Ungerechtigkeiten sowie rassistisch motivierter Gewalt angesehen. Diese Einschätzung wird auch durch die DP geteilt. Sowohl im Parteiprogramm, als auch in den Tweets der analysierten Accounts wird diese Problematik angesprochen und als zunehmende Bedrohung eingestuft. Eine weitere Quelle für gegenwärtige *racial injustices* und *racial inequities* sieht die BLM-Bewegung im *War on Drugs*, welcher zu einer übermäßigen Kriminalisierung und disproportionalen Inhaftierung von AfroamerikanerInnen geführt hat. Auch im Parteiprogramm der DP wird der *War on Drugs* als Problemursache ausgemacht, welche eine strukturelle Benachteiligung der schwarzen Bevölkerung bewirkt hat. In der Twitterkommunikation der untersuchten demokratischen Accounts wurde dieser *diagnostic frame* jedoch nicht aufgegriffen. Lediglich Bernie Sanders hat in mehreren Tweets dieses Problem als solches thematisiert und darauf abgestellt, dass besonders PoC davon betroffen sind.

Die zentralen Missstände, welche durch die Bewegung identifiziert und herausgestellt werden, sind überwiegend durch die Demokratische Partei und die hier untersuchten demokratischen PolitikerInnen aufgegriffen worden. Sowohl im Parteiprogramm als auch durch den Twitteraccount der DP wurde die Kriminalisierung und übermäßige Überwachung der PoC beziehungsweise der afroamerikanischen Bevölkerung als Problem anerkannt und angesprochen. Auch in der Twitterkommunikation von Biden, Sanders und Ocasio-Cortez wurde diese Problematik thematisiert. Keine Erwähnung erfuhr jene dagegen in der Onlinekommunikation der restlichen hier analysierten Twitteraccounts.

Ein weiterer Missstand, welcher durch die BLM-Bewegung betont wird, betrifft die übermäßige Polizeipräsenz in der amerikanischen Gesellschaft und ganz besonders in denjenigen Wohnvierteln, in welchen vorwiegend PoC leben. Darüber hinaus hebt sie den Einsatz der Polizei als Auffanglösung für Aufgabenbereiche hervor, für deren Bewältigung diese nicht geeignet ist. Damit nimmt die Bewegung vor allem Bezug auf solche Fälle, in denen statt eines medizinischen Interventionsteams die Polizei als Ersthelfer zu Notfällen im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen gerufen wurde und es infolge zu Polizeigewalt kam. Dieser Frame *over-policing/over-reliance on police* wurde explizit im Parteiprogramm der Demokraten verwendet. Ebenso haben sechs von acht der untersuchten Twitteraccounts jene Problematik ausdrücklich angesprochen. Der Frame *overfunding of police/carceral system* hängt eng mit dieser zusammen. Hierbei wird durch die Bewegung betont, dass zu viele öffentliche Gelder in das Polizei- und Gefängniswesen fließen, welche anderweitig besser genutzt werden könnten. Dabei wird mitunter kritisiert, dass die Gefängnispopulation in den letzten Jahrzehnten überhandgenommen hat und es zu einer *mass incarceration* gekommen ist, von der besonders PoC betroffen sind. Dieser Frame wurde nur teilweise durch die Demokratische Partei und die hier analysierten Accounts genutzt. Im Kapitel zur Reform des Strafjustizsystems der Party Platform wird die Problematik der *mass incarceration* explizit angesprochen. Dabei wird festgestellt, dass das Gefängnissystem

der USA im Vergleich zu anderen Bereichen eine Überfinanzierung erfahren und infolgedessen eine Übergröße erreicht hat. Das Problem einer Überfinanzierung der Polizei wird hingegen nicht explizit im Parteiprogramm benannt. Auch Bernie Sanders spricht lediglich das Problem eines überdimensionalen Gefängnisystems an, nicht jedoch eine Überfinanzierung des Polizeisystems. Kamala Harris und Alexandria Ocasio-Cortez dagegen betrachten vor allem das Budget, welches dem Polizeiwesen zur Verfügung gestellt wird, als problematisch. Beide verweisen darauf, dass andere Bereiche, beispielsweise das Bildungssystem, eine höhere Priorität bei der Verteilung finanzieller Mittel einnehmen sollten als das Polizeibudget. Alle übrigen untersuchten Accounts sprechen weder die Problematik einer überhöhten Finanzausstattung der Polizei noch des Gefängniswesens an.

Zu den zentralsten Missständen, auf welche durch die BLM-Bewegung aufmerksam gemacht wird, gehören die Existenz eines *racial bias* sowie eine damit einhergehende Diskriminierung und schlechtere Behandlung der PoC sowohl im Strafjustizsystem als auch im Polizeisystem der USA. Dabei betont die Bewegung, dass AfroamerikanerInnen und PoC durch Methoden wie das sogenannte *racial profiling* kriminalisiert werden und somit disproportional mit der Polizei in Kontakt geraten. Dabei kommt es häufig zu Polizeigewalt oder gar zur Tötung der Betroffenen durch PolizeibeamtInnen, welche wiederum selten für derartige Fälle von Machtmissbrauch zur Rechenschaft gezogen werden. Jene *diagnostic frames - racial bias in criminal justice system, racial bias in policing/Anti-Black police violence* und *police impunity* – wurden fast ausnahmslos durch die hier analysierten Twitteraccounts übernommen und auch im Parteiprogramm ausführlich thematisiert.

Ferner wird durch die BlackLivesMatter-Bewegung hervorgehoben, dass sich *racial injustices* nicht auf das amerikanische Strafjustizsystem und auf rassistische Polizeigewalt beschränken. Vielmehr existieren diese und *racial inequities* auf allen Ebenen der Gesellschaft und des Staates. Nicht nur wirtschaftlich erfahren PoC demnach eine strukturelle Diskriminierung und Schlechterstellung, sondern auch im Bildungs-, Gesundheits- und Wahlsystem sowie im Wohnungswesen. Zudem wird ausdrücklich betont, dass CoC besonders stark von den Folgen des Klimawandels und anderen Umweltschäden betroffen sind. Auch diese *diagnostic frames - economic, educational, electoral, environmental/climate* und *health injustice* – wurden allesamt detailliert in der Party Platform diskutiert und fast ausnahmslos durch die demokratischen Twitteraccounts dieser Untersuchung aufgegriffen.

Zudem macht die BLM-Bewegung gezielt auf die besondere Diskriminierung und Benachteiligung afroamerikanischer Frauen, Women of Color und Angehöriger der LGBTQ+ CoC aufmerksam. Dabei wird darauf verwiesen, dass jene Gruppen besonders häufig Opfer von (Polizei-) Gewalt werden und überdurchschnittlich von Armut, Kriminalisierung und Inhaftierung betroffen sind. Beide frames – *war on Black women/Women of Color* und *war on Black LGBTQ+*

people/LGBTQ+ People of Color – wurden sowohl im Parteiprogramm der Demokraten als auch durch die große Mehrheit der analysierten demokratischen Twitteraccounts übernommen.

Schließlich wurde auch das gewaltsame Vorgehen der amerikanischen Polizei und Regierung gegen Demonstranten der BLM-Bewegung fast ausnahmslos in der Twitterkommunikation der DP und der hier untersuchten PolitikerInnen thematisiert und scharf verurteilt. Diese Problematik wurde auch in die Party Platform 2020 integriert, wobei nicht nur das Demonstrations- und Versammlungsrecht betont, sondern auch die Handlungsweise Präsident Trumps kritisiert wurde.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass die *diagnostic frames* der BlackLivesMatter-Bewegung weitestgehend durch die Demokratische Partei übernommen wurden.

Bezüglich der *prognostic frames*, welche die zentralen Policy-Forderungen der Bewegung darstellen, kann ebenfalls in vielen Punkten die Unterstützung der DP festgestellt werden. Hierbei divergieren die Untersuchungsergebnisse der einzelnen Twitteraccounts jedoch recht stark. Auffällig ist, dass auf den Breathe Act, ein von den größten Bewegungsorganisationen der BLM-Bewegung entwickelter Gesetzesentwurf, weder im Parteiprogramm noch in der Twitterkommunikation sämtlicher untersuchter Accounts Bezug genommen wurde. Der Breathe Act stellt jedoch eines der zentralsten *policy goals* der Bewegung dar, wie die induktive Framinganalyse der Onlinekommunikation der beiden großen Bewegungsorganisationen zeigt. Die weiteren *prognostic frames*, auf deren Vorliegen die Party Platform und die Twitterkommunikation der DP im Rahmen der Analyse untersucht wurden, stellen konkrete Ziele und Forderungen der BLM-Bewegung dar, welche inhaltlich im Breathe Act enthalten sind oder auf der Website des M4BL aufgeführt werden.

Ein wesentliches Ziel der BLM-Bewegung stellt die Umverteilung öffentlicher Gelder dar, wobei konkret gefordert wird, Bundesmittel aus dem Polizei- und Gefängniswesen abzuziehen und diese stattdessen in das Sozialsystem des Staates zu investieren. Der Hashtag #DefundthePolice ist 2020 zu einem Schlachtruf innerhalb der BLM-Bewegung geworden, welcher jenes Ziel symbolisch zum Ausdruck bringt. Gleichzeitig wurde durch das BLMGN, das M4BL und auch innerhalb des Breathe Acts deutlich gemacht, dass jener Abzug finanzieller Mittel nur den ersten Schritt darstellt, um das eigentliche Ziel, die Abschaffung der Polizei in ihrer jetzigen Form sowie die Auflösung von Gefängnissen oder sonstigen Haftanstalten, zu erreichen. Es soll damit ein radikales Umdenken in Bezug auf den Status Quo des gegenwärtigen Konzeptes öffentlicher Sicherheit erfolgen. Dieser *prognostic frame* – *Divest: For a future without police, prisons, jails and immigration detention facilities* – wurde lediglich von Alexandria Ocasio-Cortez aufgegriffen, welche nicht nur eine drastische Reduzierung der Polizeibudgets unterstützt, sondern auch Solidarität für die Forderung einer Abschaffung der Polizei in ihrer jetzigen Form äußert. Auch Bernie Sanders bekundet partielle Unterstützung für die Forderung *defund the police*

für den Fall, dass eine Polizeidienststelle ein Muster an Fehlverhalten und Machtmissbrauch gezeigt hat. Weder im Parteiprogramm der Demokraten, noch in der Twitterkommunikation der anderen Accounts wurde dieser umstrittenen Forderung jedoch Aufmerksamkeit geschenkt. Joe Biden spricht sich im Gegenteil in mehreren Tweets dafür aus, in ein intensiveres Training der Polizei zu investieren. Dies würde sogar eine Erhöhung des Polizeibudgets bedeuten. Was die Forderungen *decarcerate* und *demilitarize the police* angeht, so wurde weitestgehend die Unterstützung der Demokratischen Partei geäußert. Beide Ziele, die drastische Reduzierung der amerikanischen Gefängnispopulation und die Demilitarisierung lokaler Polizeidienststellen, wurden ausdrücklich in die Party Platform integriert und durch eine Mehrheit der hier analysierten Twitteraccounts offenkundig unterstützt, mitunter auch von Joe Biden und Kamala Harris. Allgemein kann festgestellt werden, dass vor allem im Parteiprogramm der Demokraten häufig eine vollständige oder zumindest partielle Unterstützung für die einzelnen Forderungen der BLM-Bewegung ausgedrückt wurde. Von den übrigen 22 prognostic frames wurden 17 in die Party Platform aufgenommen, was einem Anteil von mehr als 70 Prozent entspricht. Dazu gehören die frames *end-private, for-profit detention facilities; end money bail; end solitary confinement; end use of past criminal history (“ban the box”); end disenfranchisement of formerly and currently incarcerated; end the “War on Drugs”; real police accountability: collect comprehensive data and report on police misconduct; real police accountability: liability for misconduct; reparations; decriminalize youth under 23; end-school-to-prison pipeline; remove police from schools; invest in non-punitive, non-carceral approaches to community safety; invest in communities; access to free quality education; expand homeownership and raise minimum wage to 15\$/hour*. Die meisten dieser *prognostic frames* wurden ebenso durch Biden und Harris entweder in deren Onlinekommunikation oder zumindest auf der gemeinsamen Kampagnenwebsite aufgegriffen. Auch in der Twitterkommunikation der DP und der übrigen PolitikerInnen wurde in vielen Fällen eine ausdrückliche Unterstützung für jene *policy goals* zum Ausdruck gebracht. Dennoch weichen die Untersuchungsergebnisse der einzelnen Accounts bezüglich dieser Frames stark voneinander ab. An dieser Stelle muss jedoch betont werden, dass es nicht überbewertet werden darf, wenn einzelne *policy goals* nicht in der Twitterkommunikation der individuellen Accounts erwähnt wurden, da dies nicht pauschal mit fehlender Unterstützung oder gar einer Ablehnung gleichgesetzt werden kann.

Keinerlei Erwähnung, weder im Parteiprogramm noch in der Twitterkommunikation der analysierten Accounts, erfuhren beispielsweise die Ziele eines universellen Grundeinkommens, die Schaffung eines kostenlosen Zugangs zu qualitativer Gesundheitsversorgung, die Abschaffung der Untersuchungshaft, sowie die Ausweitung von *community control*. Auf die Forderung, die Verwendung von Überwachungstechnologien wie beispielsweise der Gesichtserkennung zu verbieten, wurde wiederum nur durch Elizabeth Warren und Alexandria

Ocasio-Cortez in deren Onlinekommunikation abgestellt. Aber auch Bernie Sanders befürwortet dieses Ziel laut seiner persönlichen Kampagnenwebsite.

Überwiegende Unterstützung und ausdrückliche Erwähnung fanden hingegen die Abschaffung aktueller Kautionsregelungen, die Abschaffung der Einzelhaft, die Einführung einer umfassenden Datenerhebung und Berichterstattung über polizeiliches Fehlverhalten, sowie das Ziel, Polizeibeamte für solches haftbar zu machen. Ebenso wurde sowohl im Parteiprogramm als auch über die einzelnen Twitteraccounts mehrheitlich angekündigt, verstärkt in die bisher strukturell vernachlässigten *communities* der USA - insbesondere in CoC - investieren zu wollen, um somit nicht nur Perspektiven und gleiche Chancen zu schaffen, sondern auch den Grundbaustein allgemeiner, öffentlicher Sicherheit zu legen. Auch das Ziel, einen kostenlosen Zugang zu qualitativer Bildung zu eröffnen, wurde größtenteils befürwortet. Ferner unterstützen sowohl die Demokratische Partei, als auch die Mehrheit der hier untersuchten PolitikerInnen eine Erhöhung des Mindestlohns, welcher aktuell bei 7,25 Dollar liegt, auf 15 Dollar pro Stunde.

Erwähnenswert ist zudem, dass die umstrittene Forderung der BLM-Bewegung an die Regierung, Reparationen und Wiedergutmachung zu leisten, im Parteiprogramm der Demokraten befürwortet wurde, um einen Ausgleich für vergangenes Leid und die strukturellen Ungerechtigkeiten zu schaffen, welche der afroamerikanischen Bevölkerung und den PoC seit der Zeit des Kolonialismus und der Sklaverei bis in die heutige Zeit zugefügt wurden. Sowohl in der Party Plattform, als auch durch Biden, Harris, Warren und Ocasio-Cortez wurde grundsätzliche Unterstützung für dieses Ziel und das Vorhaben geäußert, eine eigene Kommission für diese Thematik einzurichten.

Während demnach der Breathe Act als solches keine Erwähnung und offizielle Unterstützung durch die Demokratische Partei erfahren hat, wurden die meisten anderen *prognostic frames* der BLM-Bewegung durchaus durch die DP aufgegriffen und gestützt. Die Untersuchungsergebnisse hierzu verdeutlichen jedoch, dass das Aufgreifen einzelner Lösungsvorschläge der BLM-Bewegung auch personenabhängig ist. Dies bestätigt die Erkenntnis anderer Forschungsarbeiten, dass Parteien in der USA eher als breite Koalitionen beschrieben und nicht als homogene Gebilde betrachtet werden sollten.

In die vorliegende Analyse wurden darüber hinaus vier weitere Kategorien miteinbezogen. Die Frames *solidarity*, *motivational*, *urgency* und *victims* erlauben es zu ermitteln, wie tiefgreifend die Beziehung der Demokratischen Partei zur BLM-Bewegung tatsächlich gestaltet ist. Jene Untersuchungsergebnisse bilden eine entscheidende Basis für die Erkenntnisdiskussion im folgenden Kapitel.

Tatsächlich wurde der *victims frame* sehr häufig in der Twitterkommunikation der untersuchten Accounts verwendet. Beachtlich ist, dass hierbei nicht nur die drei prominentesten Fälle von

Polizeigewalt gegen AfroamerikanerInnen des Jahres 2020 - nämlich George Floyd, Breonna Taylor und Ahmaud Arbery - Erwähnung gefunden haben. Im Gegenteil wurde eine vielfältige Bandbreite an Opfern rassistisch motivierter Gewalt, deren Schicksale durch die BLM-Bewegung gezielt hervorgehoben wurden, in die Onlinekommunikation der analysierten demokratischen Twitteraccounts miteinbezogen. Oftmals waren ganze Tweets solchen Einzelschicksalen gewidmet. Auch die Dringlichkeit der Problematiken, welche durch die BLM-Bewegung 2020 erneut offengelegt wurden, wurde in einigen Tweets der analysierten Accounts ausdrücklich betont. Obwohl dieser *urgency frame* nur in manchen Tweets genutzt wurde, so bringt dies das Bewusstsein der DP für die Notwendigkeit einer zeitigen Lösung zum Ausdruck. Bedeutsam ist auch, dass der *solidarity frame* ausnahmslos verwendet wurde. Im Parteiprogramm der Demokraten wurde zweimal die Phrase BlackLivesMatter genutzt, wodurch die Solidarität der Partei mit der breiten BLM-Bewegung ausgedrückt wird. Auch in der Twitterkommunikation der analysierten Accounts wurde jene Phrase, welche das zentrale Mantra der Bewegung bildet, mehrfach verwendet. Der Account @HouseDemocrats retweetete am 17.06.2020 beispielsweise einen Beitrag, in welchem die Gründerin des BLMGN zitiert wurde:

„ *"The founder of @blkivesmatter said it best. All lives will matter when Black lives matter. All lives cannot matter until Black lives matter."* - @RepValDemings #BlackLivesMatter #JusticeInPolicing [...]” (originaler Tweet von @HouseJudiciary vom 17.06.2020)

Zudem wurde vermehrt die Solidarität mit der Bewegung und den Demonstranten hervorgehoben, indem beispielsweise für deren Engagement gedankt wurde oder die eigene Verbundenheit ausgedrückt wurde.

"To everyone speaking out and peacefully demanding justice across the nation: I see you, I hear you, and I stand with you" (Tweet von @Joe Biden vom 09.06.2020)

Ebenso wurde der Protest und Einsatz der Demonstranten vielfach als gemeinsamer Kampf für Gerechtigkeit dargestellt:

„*As a party, we are committed to listening to Black Americans as they make their voices heard. And we'll continue to fight alongside the Black community [...]*” (Tweet von @TheDemocrats vom 18.09.2020)

"On the 57th anniversary of the March on Washington, let's continue to march on for justice, in the name of our ancestors and in the name of our children and grandchildren [...]" (Tweet von @TheDemocrats vom 28.08.2020)

Diese Solidarisierung mit der Bewegung und die Darstellung dieser als „gemeinsame Sache“ wird weiter durch die Teilnahme vieler demokratischer PolitikerInnen an BLM-Protesten verdeutlicht. Sowohl Joe Biden, als auch Kamala Harris, Elizabeth Warren, Alexandria Ocasio-Cortez, Nancy

Pelosi und zahlreiche weitere demokratische PolitikerInnen haben im Sommer 2020 selbst an Demonstrationen teilgenommen.⁴ Ferner wurde gelegentlich der Kontakt zu Vertretern verschiedener Bewegungsorganisationen gesucht. Elizabeth Warren führte beispielweise thematische Gesprächsrunden mit Alicia Garza, einer der Gründerinnen des BLMGN, sowie mit Rashad Robinson von ColorofChange, einer Organisation die zum M4BL gerechnet werden kann. Ihre Twitterkommunikation zeigt außerdem, dass sie mehrfach ihren persönlichen Instagram-Account BLM-Aktivisten und Hinterbliebenen der Opfer von Polizeigewalt zur Verfügung gestellt hat.⁵ Die Tatsache, dass Patrisse Cullors, Mitbegründerin des BLMGN, eingeladen wurde, am 27.07.2020 eine Rede vor dem DNC Party Platform Committee zu halten, zeugt ebenfalls von der demonstrierten Solidarität der DP mit der BLM-Bewegung.

Besondere Aussagekraft besitzt die Verwendung des *motivational frames* durch die Mehrheit der untersuchten demokratischen Twitteraccounts. Hierbei wurde sowohl durch die beiden offiziellen Accounts der DP als auch durch sieben von acht demokratischen PolitikerInnen explizit zu Protest- und Bewegungsaktivitäten aufgerufen oder auf Petitionen einzelner Bewegungsorganisationen verwiesen. Alexandria Ocasio-Cortez initiierte beispielsweise in Zusammenarbeit mit den demokratischen Abgeordneten Ilhan Omar, Ayanna Pressley und Rashida Tlaib einen Spendenaufruf, infolgedessen Spenden in Höhe von 128 000 Dollar für Bewegungsorganisationen der breiten BLM-Bewegung gesammelt werden konnten. Hervorzuheben sind insbesondere drei Tweets der DP⁶, in denen ein Unterabschnitt auf ihrer offiziellen Website mit dem Titel *Black Lives Matter Organizing Resources* verlinkt wurde. Dieser enthält einen Leitfaden für DemonstrantInnen und verweist auf die Websites verschiedener Bewegungsorganisationen, darunter die Kampagnenseite des M4BL – mit der Aufforderung diese zu unterstützen.

Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass nicht nur die *diagnostic frames*, sondern auch eine Vielzahl der *prognostic frames* der BLM-Bewegung durch die Demokratische Partei aufgegriffen wurden. Darüber hinaus wurde auch auf die zusätzlichen Frames dieser Untersuchung, vielfach zurückgegriffen. Besonders im Hinblick auf die ausgiebige Verwendung des *solidarity frames* und des *motivational frames* kann ein Bündnis der Demokratischen Partei mit der Black-Lives-Matter-Bewegung bejaht werden.⁷ H2 hat sich also bestätigt.

⁴ Siehe Twitterprimärdaten dieser Arbeit; siehe auch Zanona und Ferris (2020)

⁵ an Rachel Willis, Emerald Garner (Tochter von Eric Garner) und Angie Kears (Ehefrau von Andrew Kears)

⁶ Getweetet vom Account @TheDemocrats am 04.06.2020, 05.06.2020 und 11.06.2020

⁷ Eine genaue Übersicht der durch die DP verwendeten Frames wird im Anhang in Tabelle 4 aufgeführt.

6.3. Erkenntnisdiskussion

Welche Schlüsse können nun aus den vorliegenden Ergebnissen der Analyse bezüglich des Einflusses der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei im Präsidentschaftswahlkampf 2020 gezogen werden? Im folgenden Abschnitt soll diese Frage mit Hinblick auf die wesentlichen Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit diskutiert werden. Dabei soll zudem erörtert werden, in welchen Beziehungstypus das Verhältnis der DP zur BLM-Bewegung eingeordnet werden kann.

Wie die Bestätigung von H1 zeigt, haben jene durch die BLM-Bewegung angesprochenen Thematiken eine zentrale Stellung im Präsidentschaftswahlkampf der DP eingenommen. Nicht nur das Parteiprogramm, sondern auch die Online-Kommunikation der untersuchten demokratischen PolitikerInnen sowie der demokratischen Partei selbst, offenbaren eine erhöhte Aufmerksamkeit und Priorisierung der Themen und Problematiken, die mit der Bewegung in Zusammenhang stehen. Nicht nur das Problem der Polizeigewalt und die Notwendigkeit einer Reform des Strafjustizsystems erfuhren im Präsidentschaftswahlkampf eine umfangreiche Zuwendung und Berücksichtigung durch die Demokratische Partei. Auch die Debatte um strukturellen, systemischen Rassismus und die Bewältigung von *racial injustices* sowie *racial inequities* wurde in den Wahlkampf integriert. Wie die Twitterkommunikation der analysierten demokratischen Accounts zeigt, war die Aufmerksamkeit der DP für BLM vor allem im Juni sehr hoch, als landesweit die größten Demonstrationen und Proteste stattfanden und der Druck auf die politischen Eliten infolgedessen zunahm. Diese Beobachtung steht im Einklang mit den Ergebnissen früherer Studien, welche die Wirksamkeit von Protestaktivitäten in Bezug auf das Agenda-Setting politischer Eliten betonen (vgl. Walgrave und Vliegthart 2012). Dennoch waren die mit der BLM-Bewegung verbundenen Themen auch bis Anfang November in der Onlinekommunikation der Partei präsent. Insbesondere die inhaltliche Ausrichtung der Party Platform bestätigt diesen Befund und verdeutlicht die Bedeutung und den Stellenwert, welche jenen Themen im Zuge des Wahlkampfes durch die DP beigemessen wurden. Die Ergebnisse veranschaulichen die Agenda-Setting-Power der BLM-Bewegung: Die *issue attention* sowohl der DP als auch der einzelnen PolitikerInnen legt nahe, dass die Bewegung einflussreich genug war, um ihre Themen auf deren politische Agenda - insbesondere auf deren elektorale Agenda - zu setzen. Da die BLM-Bewegung mit der Tötung George Floyds und mit der Teilnahme Millionen AmerikanerInnen an den darauffolgenden Protesten eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erlangte, waren nicht nur der Druck, sondern auch der Anreiz für die Demokratische Partei hoch, sich als *issue owner* im Bereich der *minority rights* jener Problematik anzunehmen und dieser verstärkt Beachtung zu schenken. Die weiteren Untersuchungsergebnisse und die darauf gestützte Bestätigung von H2 machen jedoch deutlich, dass der Einfluss der BLM-Bewegung im Präsidentschaftswahlkampf 2020 nicht auf das reine Agenda-Setting beschränkt war. Stattdessen war der Einfluss der Bewegung groß genug, um die DP von einem Bündnis zu überzeugen. Nach

der Argumentation von Schwartz (2010) und Schlozman (2015) geht eine politische Partei nur dann ein Bündnis mit einer sozialen Bewegung ein, wenn dies als vorteilhaft für den angestrebten Wahlausgang betrachtet wird. Die weitgehende Übernahme des Framings der BLM-Bewegung durch die DP im Präsidentschaftswahlkampf sowie deren Solidaritätsbekundungen für die breite Bewegung sprechen dafür, dass eine offenkundige Unterstützung sowohl aus strategischer als auch aus ideologischer Sicht als ergiebig eingestuft wurde. Mit der Verwendung von Bewegungsframes und den darüber hinaus gehenden Aufrufen zu Protestaktivitäten wurde gezielt derjenige Teil der Wählerschaft adressiert, welcher der BLM-Debatte einen hohen Stellenwert zuschreibt und zur Anhängerschaft der Bewegung gehört. Dies deutet darauf hin, dass die DP die Unterstützer der BLM-Bewegung im Präsidentschaftswahlkampf als wichtige Wählerschaft oder sogar als bedeutenden Teil der eigenen Parteibasis betrachtet hat. Indem die BLM-Bewegung im Sommer 2020 in der amerikanischen Bevölkerung und insbesondere innerhalb der demokratisch geneigten Wählerschaft drastisch an Bedeutung und Unterstützung gewinnen konnte, hat auch die Einflussmöglichkeit der Bewegung auf die DP zugenommen. Insofern kann argumentiert werden, dass sich der Einfluss der BLM-Bewegung im Präsidentschaftswahlkampf 2020 nicht nur in der *issue attention* der DP, sondern vor allem in deren Positionierung mit Hinblick auf die Bewegung widerspiegelt.

Doch in welchen Typus kann das Verhältnis der Demokratischen Partei zur BlackLivesMatter-Bewegung eingeordnet werden? Wie die Framinganalyse dieser Arbeit zeigt, hat die DP ihre Solidarität mit der BLM-Bewegung vielfach öffentlich ausgesprochen. Nicht nur das Parteiprogramm der Demokraten, sondern auch deren Twitterkommunikation heben die parteiliche Unterstützung für eine Vielzahl der politischen Ziele der Bewegung hervor. Zudem haben nicht nur die Partei, sondern auch deren prominenteste PolitikerInnen ausdrücklich zu Protest- und Bewegungsaktivitäten aufgerufen. Mit der Teilnahme vieler demokratischer Kongressmitglieder sowie des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden an BLM-Demonstrationen konnte sich die Partei als Teil der Bewegung präsentieren und den Einsatz der BLM-Bewegung für *racial justice* als gemeinsamen Kampf darstellen. Kann also davon ausgegangen werden, dass eine hybride Organisationsform entstanden ist? Eine solche stellt beispielsweise das Konzept der bewegungshaften Partei (Hutter et al. 2019b), basierend auf Almeidas (2010) *social movement partyism*, dar. Hierunter werden Oppositionsparteien verstanden, die das Anliegen einer sozialen Bewegung aufgreifen und zu ihrer eigenen Angelegenheit machen. Kennzeichnend für eine bewegungshafte Partei ist jedoch, dass sie auf die für eine soziale Bewegung typischen Strategien und Methoden, wie gezielte Störaktionen oder Straßenproteste, zurückgreift, um die eigene Parteibasis und andere, nahestehende Gruppen zu mobilisieren. Mit der Organisation von Protesten sollen letztendlich die Ziele der Bewegung, welche nun auch die Ziele der Partei darstellen, durchgesetzt werden. Hierbei verschwimmen die Grenzen zwischen der sozialen Bewegung und der politischen Partei, sodass keine klare

Unterscheidung mehr vorgenommen werden kann. Auch wenn die DP im Präsidentschaftswahlkampf 2020 als Oppositionspartei betrachtet werden kann, welche die BLM-Bewegung offenkundig unterstützt hat, kann noch nicht von der Entstehung einer hybriden Organisationsform gesprochen werden. Dagegen spricht zum einen, dass die *prognostic frames* der BLM-Bewegung nicht vollständig durch die DP aufgegriffen wurden. Insbesondere die beiden zentralsten Forderungen, welche 2020 innerhalb der Bewegung laut wurden, sind nicht durch die Partei übernommen worden. Zum anderen konnte im Rahmen dieser Arbeit kein Hinweis darauf gefunden werden, dass die DP während des Präsidentschaftswahlkampfes eigenständig BLM-Demonstrationen und Proteste organisiert hat. Zwar haben, wie bereits herausgestellt, viele demokratische Abgeordnete selbst an Demonstrationen teilgenommen und zu Protestaktivitäten aufgerufen, jedoch wurde dabei lediglich auf Veranstaltungen oder Aktionen der vorhandenen Bewegungsorganisationen verwiesen. Die DP hat also nicht die Rolle einer Bewegungsorganisation eingenommen, sodass die Unterscheidung von Partei und Bewegung im vorliegenden Fallbeispiel noch immer unproblematisch bleibt.

Möglicherweise wurde die Demokratische Partei aber durch die BLM-Bewegung transformiert. Eine solche bewegungsinduzierte Transformation ist im politischen System der USA keine Seltenheit: wie die Republikanische Partei ist auch die Demokratische Partei bereits mehrfach durch den Einfluss sozialer Bewegungen nachhaltig verändert worden (McAdam und Kloos 2014). Charakteristisch für eine solche Entwicklung ist eine innerparteiliche Polarisierung oder ein grundlegender Wandel der Partei hinsichtlich ihrer Programmatik. Den Ausgangspunkt für eine derartige Transformation bildet eine enge Verflechtung der Anhängerschaft einer Bewegung mit einer Parteibasis, wodurch es zu einer engen personellen und auch programmatischen Bindung kommt (Hutter et al. 2019b; Hutter et al. 2019a). Zwar legen die Ergebnisse aktueller Studien nahe (Pew Research Center 2020a; Gallup 2020a), dass es im Sommer 2020 zu einer solchen personellen Verflechtung zwischen der BLM-Bewegung und der Basis der DP gekommen ist, dennoch kann nur schwer von einem radikalen programmatischen Wandel der Partei gesprochen werden. Auch hier scheitert die Einordnung an der unvollständigen Übernahme der *prognostic frames* der BLM-Bewegung durch die DP. Wie die Analyse dieser Arbeit zeigt, haben die großen Bewegungsorganisationen 2020 mit dem Breathe Act einen eigenen Gesetzesentwurf gestaltet, welcher als umfangreiche Lösung für die identifizierten Problemstellungen präsentiert wurde. Die politische Umsetzung und Verabschiedung jenes Gesetzesentwurf stellte daher das wesentliche Ziel des M4BL und des BLMGN dar. Obwohl die offizielle Website des Breathe Act offenbart, dass es vereinzelt Unterstützung innerhalb der DP für jenen Entwurf gab, so konnte im Rahmen dieser Arbeit weder innerhalb des Parteiprogramms noch in der untersuchten Twitterkommunikation der Demokraten ein Hinweis darauf gefunden werden. Dass die demokratischen Abgeordneten Ayanna Pressley und Rahida Tlaib als offizielle Unterstützerinnen des Breathe Acts aufgeführt werden, verdeutlicht demnach lediglich deren

individuelle Position. Die Partei selbst, wie auch deren prominenteste VertreterInnen, hielten sich mit Hinblick auf eine offizielle Befürwortung des Gesetzesentwurfes zurück. Tatsächlich fand dieser im Untersuchungszeitraum keinerlei Erwähnung. Stattdessen brachte die DP im Sommer 2020 mit dem *George Floyd Justice in Policing Act* einen eigenen ersten Gesetzesentwurf mit Bezug zu BLM auf den Weg, welcher aber vor allem auf die Bewältigung der Problematik der Polizeigewalt und die Schaffung einer umfassenden polizeilichen Rechenschaftspflicht fokussiert war. Die darin enthaltenen Gesetzesänderungen zur Reform der Polizei - beispielsweise die Einführung eines nationalen Standards für Gewaltanwendungen sowie unabhängiger Untersuchungen in Fällen von Polizeigewalt, die Einführung eines umfassenden nationalen Datenregisters über polizeiliches Fehlverhalten, das Verbot von Würdegriffen, *racial profiling* sowie sogenannter *no-knock warrants* in Drogenfällen und die Einstufung von Lynchmorden als Hassverbrechen - waren allgemein eher unumstritten. Kontroverse Forderungen der BLM-Bewegung, wie beispielsweise der Abzug finanzieller Mittel aus dem Polizeiwesen und die letztendliche Abschaffung der Polizei in ihrer heutigen Form, wurden dagegen von der DP gemieden. Die beiden zentralsten *policy goals* der größten Bewegungsorganisationen, welche gleichzeitig auch die radikalsten Forderungen der Bewegung darstellen, wurden demnach nicht durch die Partei mitgetragen. Insofern kann noch nicht von einer bewegungsinduzierten Transformation der Demokratischen Partei gesprochen werden.

Allerdings verdeutlichen die Untersuchungsergebnisse dieser Arbeit, dass die BLM-Bewegung 2020 im Vergleich zum Präsidentschaftswahlkampf 2016 eine stärkere Einbindung und Solidarisierung durch die DP erfahren hat. Auch während des damaligen Wahlkampfes erhielt die BLM-Bewegung öffentliche Aufmerksamkeit, unter anderem durch Protestaktionen auf Wahlkampfveranstaltungen der beiden großen Parteien. Insgesamt erfuhr die BLM-Bewegung eine mäßige Einbindung, da die DP einige Schlüsselforderungen im Rahmen des Parteiprogramms unterstützte (Brooker 2019, 65). Hierbei muss jedoch betont werden, dass die Unterstützungsbekundungen der Partei für die Bewegung in den Informationsquellen, die der Öffentlichkeit am besten zugänglich waren, auffällig begrenzt waren (Brooker 2019, 124). Nur diejenigen Wähler, welche sich aktiv mit dem Parteiprogramm der Demokraten auseinandergesetzt haben, sind auf das ausdrückliche Statement der Partei, BlackLivesMatter, gestoßen (Brooker 2019, 86). Die von der Bewegung hervorgehobenen Themen haben im Präsidentschaftswahlkampf 2016 der demokratischen Kandidaten zwar Erwähnung gefunden, aber keine zentrale Bedeutung gewonnen (Brooker 2019, 125). Die damalige Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton verwendete in keiner ihrer Reden oder Debatten, noch auf ihrer Kampagnenwebsite die Phrase BlackLivesMatter (Brooker 2019, 69). Und auch ansonsten verdeutlichte ihr Wahlkampf eine mangelnde Bereitschaft, sich öffentlich mit der Bewegung zu solidarisieren oder zu verbünden: Statt die AktivistInnen der Bewegung anzuhören und ihnen eine Plattform zu bieten, verlangte Clinton, dass diese ihr zuhören sollten (Brooker

2019, 86; 143). Dies steht in starkem Kontrast zur Vorgehensweise Joe Bidens und anderer demokratischer PolitikerInnen im Präsidentschaftswahlkampf 2020, welche nicht nur ihre Bereitschaft, den VertreterInnen der Bewegung zuzuhören, öffentlich demonstrierten, sondern sogar selbst an Protesten teilnahmen und zu Demonstrationen aufriefen. Die Solidarität der DP mit der BLM-Bewegung war 2020 also nicht nur für interessierte Wähler, die sich aktiv mit dem Parteiprogramm beschäftigten, deutlich erkennbar. Sowohl die Twitterkommunikation der Demokraten als auch deren öffentlichen Auftritte während des Präsidentschaftswahlkampfes 2020 ließen an einer Unterstützung für die breite Bewegung keinen Zweifel. Die Tatsache, dass im Sommer 2020 ein bedeutender Anteil der demokratisch geneigten Bevölkerung seine starke Unterstützung für die BLM-Bewegung äußerte (Pew Research Center 12.06.2020a)⁸, verdeutlicht, dass es eine sichtbare Überschneidung potenzieller und wichtiger Wählerschaften der Demokratischen Partei mit den AnhängerInnen der BLM-Bewegung gab. Aber nicht nur mit Hinblick auf die Parteibasis kann eine solche Überlappung beobachtet werden. Demokratische PolitikerInnen wie Jamaal Bowman, der laut der Website des BLMGN auch durch die Bewegung selbst unterstützt wurde, Ayanna Pressley, Rashida Tlaib oder Alexandria Ocasio-Cortez identifizierten sich öffentlich mit der Bewegung. Auch Joe Biden, Kamala Harris, Elizabeth Warren, Nancy Pelosi, Bernie Sanders und zahlreiche weitere demokratische Abgeordnete präsentierten sich durch ihre Teilnahme an Demonstrationen sowie durch ihre Aufrufe zu Bewegungsaktivitäten symbolisch als Teil der BLM-Bewegung und bekundeten öffentlich ihre Solidarität. Auch in den politischen Reihen der Demokratischen Partei kann demnach zumindest eine partielle Personalunion mit der BLM-Bewegung bejaht werden. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, dass nicht nur ein beträchtlicher Teil der Parteibasis der Demokraten duale, sich überschneidende Loyalitäten zu besitzen scheint. Auch in den parteipolitischen Reihen der DP zeichnete sich während des Präsidentschaftswahlkampfes eine offenkundige Solidarität für die BLM-Bewegung ab. Das Konzept der *party in the street* (Heaney und Rojas 2007) erscheint aus diesen Gründen am passendsten, um das Verhältnis der Demokratischen Partei zur BLM-Bewegung zu beschreiben. Der Beziehungstypus zwischen der DP und der BLM-Bewegung ist demnach zwar informeller Art, hat es jedoch ermöglicht, einige politische Ziele der Bewegung in eine der großen politischen Parteien der USA zu integrieren. Die Trennung zwischen den beiden kollektiven Akteuren bleibt sichtbar bestehen, da diese vorwiegend in unterschiedlichen Arenen agieren. Dabei werden sie jedoch durch eine gemeinsame Schnittmenge, eine Personalunion, verbunden.

⁸ 71% der schwarzen Bevölkerung und 62% der weißen, demokratisch-geneigten Bevölkerung gaben im Juni 2020 eine starke Unterstützung für die BLM-Bewegung an.

7. Fazit und Ausblick

Das Ziel dieser Arbeit war es, den Einfluss der BlackLivesMatter-Bewegung auf die Demokratische Partei im Präsidentschaftswahlkampf 2020 analytisch zu beschreiben und somit im Rahmen einer aktuellen, gesellschaftsrelevanten Fallstudie einen wissenschaftlichen Beitrag zur Bewegungsforschung und insbesondere zur Erforschung des Verhältnisses zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien zu leisten.

Wie die Frequenzanalyse der Democratic Party Platform 2020 sowie der Twitterkommunikation der DP zeigt, war der Einfluss der BLM-Bewegung im Präsidentschaftswahlkampf 2020 groß genug, um ihre Themen auf die Agenda der Demokraten zu setzen. Jedoch war der Einfluss der Bewegung nicht auf ihre Agenda-Setting-Power beschränkt. Die Ergebnisse der Framinganalyse verdeutlichen, dass die DP im Präsidentschaftswahlkampf auch das Framing der Bewegung - deren Problemdefinitionen und eine Vielzahl der durch die Bewegung vorgebrachten Lösungsvorschläge – übernommen hat. Insbesondere die öffentliche Solidarisierung der Partei mit der Bewegung, die Teilnahme prominenter demokratischer PolitikerInnen an Demonstrationen und der Aufruf zu Protest- und sonstigen Bewegungsaktivitäten zeigen, dass der Einfluss der BLM-Bewegung groß genug war, um die DP vom Wert eines Bündnisses zu überzeugen. Diese hat die Bewegung „umarmt“ und offenkundig ihre Unterstützung für jene ausgedrückt. Das Verhältnis zwischen der Demokratischen Partei und der BLM-Bewegung lässt sich dabei am besten durch das Konzept der *party in the street* (Heaney und Rojas 2007) beschreiben. Beide kollektiven Akteure können nach wie vor klar voneinander getrennt werden. Dennoch werden diese durch eine Personalunion, nicht nur an der Parteibasis, sondern auch in den Reihen der Parteieliten, verbunden. Künftige Forschungsarbeiten sollten die Dynamiken innerhalb einer derartigen Schnittstelle zwischen der Anhängerschaft einer Bewegung und der Basis einer politischen Partei näher ergründen. Hierbei stellt sich insbesondere die Frage, wie sich die *party in the street* über einen gewissen Zeitraum entwickelt und ob sie ein kurzfristiges oder langfristiges Phänomen darstellt.

Obwohl die vorliegende Arbeit eine umfassende Analyse des demokratischen Parteiprogramms sowie der Onlinekommunikation der DP während des Präsidentschaftswahlkampfes 2020 bietet, so stößt das Forschungsdesign dennoch an seine Grenzen, da nur eine kleine Auswahl demokratischer PolitikerInnen in der Untersuchung berücksichtigt werden konnte. Für ein vollständiges Bild der Demokratischen Partei und ihrer Unterstützung der BLM-Bewegung im Wahlkampf könnten die gewonnenen Erkenntnisse zudem durch eine Analyse der Debatten, Reden, Wahlkampfauftritte und Kampagnenwebsites einzelner Demokraten ergänzt werden. Ebenso bleibt offen, welche Rolle die zunehmende Polarisierung zwischen der Demokratischen und der Republikanischen Partei bei der Positionierung der Demokraten zur BLM-Bewegung gespielt hat. Die Analyseergebnisse dieser Arbeit legen zumindest nahe, dass sich die DP in ihrer

Unterstützung der BLM-Bewegung bewusst von der GOP abgegrenzt hat. Dieser Einflussfaktor sollte in künftigen Untersuchungen berücksichtigt werden.

Es bleibt abzuwarten, welchen langfristigen Effekt die BLM-Bewegung erzielen kann, ob die Bewegung die Demokratische Partei nachhaltig prägen wird und ob mit der Präsidentschaft Joe Bidens tatsächlich eine strukturelle Veränderung und erfolgreiche Beseitigung von Rassenungerechtigkeiten herbeigeführt werden kann. Die Verurteilung Derek Chauvins am 25.06.2021 zu 22,5 Jahren Haft für den Mord an George Floyd stellt zumindest einen ersten Schritt in Richtung *racial justice* dar.

Literaturverzeichnis

- Almeida, Paul (2010). Social Movement Partyism. *Collective Action and Political Parties*. In: Nella van Dyke/Holly J. McCammon (Hg.). *Strategic alliances. Coalition building and social movements*. Minneapolis, University of Minnesota Press, 170–196.
- Altman, Alex (2015). Black Lives Matter: A new civil rights movement is turning a protest cry into a political force. *Time Magazine* vom 09.04.2015. Online verfügbar unter <https://time.com/time-person-of-the-year-2015-runner-up-black-lives-matter/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Amenta, Edwin/Andrews, Kenneth T./Caren, Neal (2019). The Political Institutions, Processes, and Outcomes Movements Seek to Influence. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi et al. (Hg.). *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. 2. Aufl. Hoboken (NJ), John Wiley & Sons Ltd, 449–465.
- Amenta, Edwin/Caren, Neal/Chiarello, Elizabeth/Su, Yang (2010). The Political Consequences of Social Movements. *Annual Review of Sociology* 36 (1), 287–307. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-070308-120029>.
- Andrews, Kenneth T. (2001). Social Movements and Policy Implementation: The Mississippi Civil Rights Movement and the War on Poverty, 1965 to 1971. *American Sociological Review* 66 (1), 71–95. <https://doi.org/10.2307/2657394>.
- Andrews, Kenneth T./Edwards, Bob (2004). Advocacy Organizations in the U.S. Political Process. *Annual Review of Sociology* 30 (1), 479–506. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.30.012703.110542>.
- Baumgartner, Frank R./Jones, Bryan D. (1993). *Agendas and instability in American politics*. Chicago, Univ. of Chicago Press.
- Bawn, Kathleen/Cohen, Martin/Karol, David/Masket, Seth/Noel, Hans/Zaller, John (2012). A Theory of Political Parties: Groups, Policy Demands and Nominations in American Politics. *Perspectives on Politics* 10 (3), 571–597. <https://doi.org/10.1017/S1537592712001624>.
- Benford, Robert D./Snow, David A. (2000). Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment. *Annual Review of Sociology* 26, 611–639. <https://www.jstor.org/stable/223459>.
- Bonilla, Tabitha/Tillery, Alvin B. (2020). Which Identity Frames Boost Support for and Mobilization in the #BlackLivesMatter Movement? An Experimental Test. *American Political Science Review* 114 (4), 947–962. <https://doi.org/10.1017/S0003055420000544>.
- Brooker, Megan E. (2019). *Capture or Be Captured: Movement-Party Relationships and the 2016 Presidential Election*. Dissertation. Oakland, eScholarship, University of California.

- Buchanan, Larry/Bui, Quoctrung/Patel, Jugal K. (2020). Black Lives Matter May Be the Largest Movement in U.S. History. *New York Times* vom 03.07.2020. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2020/07/03/us/george-floyd-protests-crowd-size.html> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Célestine, Audrey/Martin-Breteau, Nicolas (2020). “Stop killing us”. Mobilizing against structural racism in the United States from Black Lives Matter to the Movement for Black Lives. In: François Vergniolle de Chantal (Hg.). *Obama's Fractured Legacy. The Politics and Policies of an Embattled Presidency*. Edinburgh, Edinburgh University Press, 289–313.
- Clayton, Dewey M. (2018). Black Lives Matter and the Civil Rights Movement: A Comparative Analysis of Two Social Movements in the United States. *Journal of Black Studies* 49 (5), 448–480. <https://doi.org/10.1177/0021934718764099>.
- Cowell-Meyers, Kimberly B. (2014). The Social Movement as Political Party: The Northern Ireland Women's Coalition and the Campaign for Inclusion. *Perspectives on Politics* 12 (1), 61–80. <https://doi.org/10.1017/S153759271300371X>.
- Dahl, Robert A. (1967). *Pluralist democracy in the United States. Conflict and Consent*. Chicago, McNally.
- Della Porta, Donatella (2014). Social Movement Studies and Methodological Pluralism. In: Donatella Della Porta (Hg.). *Methodological Practices in Social Movement Research*. Oxford, Oxford University Press, 1–20.
- Diani, Mario (1992). The Concept of Social Movement. *The Sociological Review* 40 (1), 1–25.
- Drakulich, Kevin/Hagan, John/Johnson, Devon/Wozniak, Kevin H. (2017). Race, Justice, Policing, and the 2016 American Presidential Election. *Du Bois Review: Social Science Research on Race* 14 (1), 7–33. <https://doi.org/10.1017/S1742058X1600031X>.
- Drakulich, Kevin/Wozniak, Kevin H./Hagan, John/Johnson, Devon (2020). Race and policing in the 2016 presidential election: Black lives matter, the police, and dog whistle politics. *Criminology* 58 (2), 370–402. <https://doi.org/10.1111/1745-9125.12239>.
- Duverger, Maurice (1954). *Political Parties*. New York City, Wiley.
- Gallup (2020a). Race Relations as the Nation's Most Important Problem vom 19.06.2020. Online verfügbar unter <https://news.gallup.com/opinion/polling-matters/312875/race-relations-nation-important-problem.aspx> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Gallup (2020b). Several Issues Tie as Most Important in 2020 Election vom 13.01.2020. Online verfügbar unter <https://news.gallup.com/poll/276932/several-issues-tie-important-2020-election.aspx> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Gamson, William A. (1975). *The strategy of social protest*. Homewood, The Dorsey Press.

- Gamson, William A. (1982). *Talking politics*. Cambridge, Cambridge University Press.
- Garza, Alicia (2014). *A Herstory of the #BlackLivesMatter Movement*. Online verfügbar unter <https://thefeministwire.com/2014/10/blacklivesmatter-2/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Goffman, Erving (1974). *Frame analysis. An essay on the organization of experience*. Cambridge, Massachusetts, Harvard University Press.
- Goldstone, Jack A. (2003). Introduction: Bridging Institutionalized and Noninstitutionalized Politics. In: Jack A. Goldstone (Hg.). *States, Parties, and Social Movements*. Cambridge, Cambridge University Press, 1–24.
- Harris, Fredrick C. (2015). The Next Civil Rights Movement? *Dissent* 62 (3), 34–40. <https://doi.org/10.1353/dss.2015.0051>.
- Heaney, Michael T./Rojas, Fabio (2007). Partisans, Nonpartisans, and the Antiwar Movement in the United States. *American Politics Research* 35 (4), 431–464. <https://doi.org/10.1177/1532673X07300763>.
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine (2019a). Social Movements in Interaction with Political Parties. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi et al. (Hg.). *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. 2. Aufl. Hoboken (NJ), John Wiley & Sons Ltd, 322–337.
- Hutter, Swen/Kriesi, Hanspeter/Lorenzini, Jasmine (2019b). Soziale Bewegungen im Zusammenspiel mit politischen Parteien: Eine aktuelle Bestandsaufnahme. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 32 (2), 163–177. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0023>.
- Hutter, Swen/Vliegenthart, Rens (2018). Who responds to protest? Protest politics and party responsiveness in Western Europe. *Party Politics* 24 (4), 358–369. <https://doi.org/10.1177/1354068816657375>.
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006). *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Johnson, Eric W. (2008). Social Movement Size, Organizational Diversity and the Making of Federal Law. *Social Forces* 86 (3), 976–993. <https://www.jstor.org/stable/20430784>.
- Jones, Bryan D./Baumgartner, Frank R. (2005). *The politics of attention. How government prioritizes problems*. Chicago, University of Chicago Press.
- Karol, David (2016). Political Parties in American Political Development. In: Richard Valelly/Suzanne Mettler/Robert Lieberman (Hg.). *The Oxford Handbook of American Political Development*. Oxford, Oxford University Press, 473–491.

- King, B. G./Bentele, K. G./Soule, S. A. (2007). Protest and Policymaking. Explaining Fluctuation in Congressional Attention to Rights Issues, 1960-1986. *Social Forces* 86 (1), 137–163. <https://doi.org/10.1353/sof.2007.0101>.
- King, B. G./Cornwall, M./Dahlin, E. C. (2005). Winning Woman Suffrage One Step at a Time. Social Movements and the Logic of the Legislative Process. *Social Forces* 83 (3), 1211–1234. <https://doi.org/10.1353/sof.2005.0037>.
- Kitschelt, Herbert (2006). Movement Parties. In: Richard S. Katz/William Crotty (Hg.). *Handbook of Party Politics*. London, SAGE Publications Ltd, 278–290.
- Kriesi, Hanspeter (2015). Party Systems, Electoral Systems, and Social Movements. In: Donatella Della Porta/Mario Diani (Hg.). *The Oxford Handbook of Social Movements*. Oxford University Press, 667–680.
- Lindekilde, Lasse (2014). Discourse and Frame Analysis. In: Donatella Della Porta (Hg.). *Methodological Practices in Social Movement Research*. Oxford, Oxford University Press, 195–227.
- Lohmann, Susanne (1993). A Signaling Model of Informative and Manipulative Political Action. *American Political Science Review* 87 (2), 319–333. <https://doi.org/10.2307/2939043>.
- Mainwaring, Scott (2006). The Crisis of Representation in the Andes. *Journal of Democracy* 17 (3), 13–27. <https://doi.org/10.1353/jod.2006.0048>.
- McAdam, Doug (1982). *Political process and the development of Black insurgency, 1930-1970*. Chicago, University of Chicago Press.
- McAdam, Doug/Boudet, Hilary (2012). *Putting Social Movements in their Place. Explaining Opposition to Energy Projects in the United States, 2000–2005*. Cambridge, Cambridge University Press.
- McAdam, Doug/Kloos, Karina (2014). *Deeply divided. Racial politics and social movements in Post-War America*. Oxford, Oxford University Press.
- McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (1996). Introduction: Opportunities, mobilizing structures, and framing processes – toward a synthetic, comparative perspective on social movements. In: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.). *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge, Cambridge University Press, 1–20.
- McAdam, Doug/Su, Yang (2002). The War at Home. Antiwar Protests and Congressional Voting, 1965 to 1973. *American Sociological Review* 67 (5), 696. <https://doi.org/10.2307/3088914>.

- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney (2010). Ballots and Barricades: On the Reciprocal Relationship between Elections and Social Movements. *Perspectives on Politics* 8 (2), 529–542. <https://doi.org/10.1017/S1537592710001234>.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney (2013). Social Movements and Elections. Toward a Broader Understanding of the Political Context of Contention. In: Jacquelin van Stekelenburg/Conny Roggeband/Bert Klandermans (Hg.). *Future of Social Movement Research. Dynamics, Mechanisms, and Processes*. Minneapolis, University of Minnesota Press.
- McAdam, Doug/Tarrow, Sidney (2019). The Political Context of Social Movements. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi et al. (Hg.). *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. 2. Aufl. Hoboken (NJ), John Wiley & Sons Ltd, 19–42.
- McCarthy, John D./Smith, Jackie/Zald, Mayer N. (1996). Accessing public, media, electoral, and governmental agendas. In: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.). *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge, Cambridge University Press, 291–311.
- Olzak, Susan./Soule, Sarah. A. (2009). Cross-Cutting Influences of Environmental Protest and Legislation. *Social Forces* 88 (1), 201–225. <https://doi.org/10.1353/sof.0.0236>.
- Petersen-Smith, Khury (2015). Black lives matter. A new movement takes shape. *International Socialist Review* (96). Online verfügbar unter <https://isreview.org/issue/96/black-lives-matter> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Petrocik, John R./Benoit, William L./Hansen, Glenn J. (2003). Issue Ownership and Presidential Campaigning, 1952-2000. *Political Science Quarterly* 118 (4), 599–626.
- Pew Research Center (2018). Activism in the Social Media Age vom 11.07.2018. Online verfügbar unter https://www.pewresearch.org/internet/wp-content/uploads/sites/9/2018/07/PI_2018.07.11_social-activism_FINAL.pdf zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Pew Research Center (2020a). Amid Protests, Majorities Across Racial and Ethnic Groups Express Support for the Black Lives Matter Movement vom 12.06.2020. Online verfügbar unter https://www.pewresearch.org/social-trends/wp-content/uploads/sites/3/2020/06/PSDT_06.12.20_protest_fullreport.pdf zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Pew Research Center (2020b). #BlackLivesMatter surges on Twitter after George Floyd's death vom 10.06.2020. Online verfügbar unter <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2020/06/10/blacklivesmatter-surges-on-twitter-after-george-floyds-death/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

- Pew Research Center (2020c). Congress Soars to New Heights on Social Media vom 16.07.2020. Online verfügbar unter https://www.pewresearch.org/internet/wp-content/uploads/sites/9/2020/07/PDL_07.16.20_congress.social.media_full_report.pdf zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Pew Research Center (2020d). Majorities of Americans Say News Coverage of George Floyd Protests Has Been Good, Trump's Public Message Wrong vom 12.06.2020. Online verfügbar unter https://www.journalism.org/wp-content/uploads/sites/8/2020/06/PJ_2020.06.12_Media-and-George-Floyd-Protests_FINAL.pdf zuletzt abgerufen am 02.07.2021
- Rickford, Russell (2016). Black Lives Matter. Toward a Modern Practice of Mass Struggle. *New Labor Forum* 25 (1), 34–42. <https://doi.org/10.1177/1095796015620171>.
- Rosenstone, Steven J./Lazarus, Edward H./Behr, Roy L. (1996). *Third Parties in America. Citizen Response to Major Party Failure - Updated and Expanded Second Edition*. 2. Aufl. Princeton, Princeton University Press.
- Rucht, Dieter (1987). Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien. *Journal für Sozialforschung* 27 (3/4), 297–313.
- Rucht, Dieter (2011). Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 24 (3), 20–47.
- Schlozman, Daniel (2015). *When movements anchor parties. Electoral alignments in American history*. Princeton, Princeton University Press.
- Schwartz, Mildred A. (2010). Interactions Between Social Movements and US Political Parties. *Party Politics* 16 (5), 587–607. <https://doi.org/10.1177/1354068809342989>.
- Snow, David A./Benford, Robert D. (1988). Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. *International Social Movement Research* 1, 197–217.
- Snow, David A./Vliegthart, Rens/Ketelaars, Pauline (2019). The Framing Perspective on Social The Framing Perspective on Social Movements. Its Conceptual Roots and Architecture. In: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi et al. (Hg.). *The Wiley Blackwell Companion to Social Movements*. 2. Aufl. Hoboken (NJ), John Wiley & Sons Ltd, 392–410.
- Soule, Sarah A./King, Brayden G. (2006). The Stages of the Policy Process and the Equal Rights Amendment, 1972–1982. *American Journal of Sociology* 111 (6), 1871–1909. <https://doi.org/10.1086/499908>.
- Strom, Kaare (1990). A Behavioral Theory of Competitive Political Parties. *American Journal of Political Science* 34 (2), 565–598. <https://doi.org/10.2307/2111461>.

- Tillery, Alvin B. (2019). What kind of movement is Black Lives Matter? The view from Twitter. *The Journal of Race, Ethnicity, and Politics* 4 (2), 297–323.
<https://doi.org/10.1017/rep.2019.17>.
- Tilly, Charles (1978). *From mobilization to revolution*. Reading, Massachusetts, Addison-Wesley Publishing Company.
- US Census Bureau (2020). USA: Zugehörigkeit zu den Ethnien nach Selbstzuschreibung im Jahr 2019. Statista GmbH. Online verfügbar unter
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/166858/umfrage/ethnien-in-den-usa/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- van Dyke, Nella (2003). Protest Cycles and Party Politics: The Effects of Elite Allies and Antagonists on Student Protest in the United States, 1930–1990. In: Jack A. Goldstone (Hg.). *States, Parties, and Social Movements*. Cambridge, Cambridge University Press, 226–245.
- Vliegthart, Rens/Walgrave, Stefaan/Wouters, Ruud/Hutter, Swen/Jennings, Will/Gava, Roy/Tresch, Anke/Varone, Frédéric/Grossman, Emiliano/Breunig, Christian/Brouard, Sylvain/Chaques-Bonafont, Laura (2016). The Media as a Dual Mediator of the Political Agenda–Setting Effect of Protest. A Longitudinal Study in Six Western European Countries. *Social Forces* 95 (2), 837–859. <https://doi.org/10.1093/sf/sow075>.
- Walder, Andrew G. (2009). Political Sociology and Social Movements. *Annual Review of Sociology* 35 (1), 393–412. <https://doi.org/10.1146/annurev-soc-070308-120035>.
- Walgrave, Stefaan/Vliegthart, Rens (2012). The Complex Agenda-Setting Power of Protest: Demonstrations, Media, Parliament, Government, and Legislation in Belgium, 1993–2000. *Mobilization: An International Journal* 17 (2), 129–156.
<https://doi.org/10.17813/maiq.17.2.pw053m281356572h>.
- Worland, Justin (2020). America's Long Overdue Awakening to Systemic Racism. *Time Magazine* vom 11.06.2020. Online verfügbar unter <https://time.com/5851855/systemic-racism-america/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.
- Zald, Mayer N. (1996). Culture, ideology, and strategic framing. In: Doug McAdam/John D. McCarthy/Mayer N. Zald (Hg.). *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge, Cambridge University Press, 261–274.
- Zanona, Melanie/Ferris, Sarah (2020). „This is the same damn fight“: Lawmakers join protestors as Congress stuck in paralysis. *Politico* vom 03.06.2020. Online verfügbar unter <https://www.politico.com/news/2020/06/03/protests-congress-lawmakers-299291> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

Primärquellen

Website/Policy Platform des M4BL

M4BL (2021): Vision for Black Lives. Online verfügbar unter: <https://m4bl.org/policy-platforms/> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

Website des Breathe Act

M4BL (2021): Breathe Act. Learn more. Online verfügbar unter: <https://breatheact.org/learn-more/> zuletzt abgerufen am 02.07.2020.

M4BL (2020): Breathe Act. Section 1 – Divesting Federal Resources from Policing and Incarceration & Ending Criminal Legal System Harms. Online verfügbar unter: <https://breatheact.org/wp-content/uploads/2020/09/Section-1-The-BREATHE-Act-Summary.pdf> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

M4BL (2020): Breathe Act. Section 2 – Investing in New Approaches to Community Safety and Utilizing Funding Incentives. Online verfügbar unter: <https://breatheact.org/wp-content/uploads/2020/09/Section-2-The-BREATHE-Act-Summary.pdf> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

M4BL (2020): Breathe Act. Section 3 – Allocating New Money to Build Healthy, Sustainable & Equitable Communities for All People. Online verfügbar unter: <https://breatheact.org/wp-content/uploads/2020/09/Section-3-The-BREATHE-Act-Summary.pdf> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

M4BL (2020): Breathe Act. Section 4 – Holding Officials Accountable & Enhancing Self-Determination of Black Communities. Online verfügbar unter: <https://breatheact.org/wp-content/uploads/2020/09/Section-4-The-BREATHE-Act-Summary.pdf> zuletzt abgerufen am 02.07.2021.

Parteiprogramm der Democratic Party

DNC (2020): 2020 Democratic Party Platform. Online verfügbar unter: <https://www.presidency.ucsb.edu/sites/default/files/books/presidential-documents-archive-collections/national-political-party-platforms/136019.pdf> zuletzt aufgerufen am 02.07.2021.

Anhang

Tabelle 3: Überblick zu den Ergebnissen der Frequenzanalyse

	Gesamtanteil relevanter Analyseeinheiten	Gesamtanzahl der relevanten Analyseeinheiten mit BLM-Bezug im Untersuchungszeitraum 25.05.2020-02.11.2020	Gesamtanzahl der Analyseeinheiten im Untersuchungszeitraum 25.05.2020-02.11.2020
DNC Party Platform	23,85%	104 Absätze	436 Absätze
@TheDemocrats	7,72%	161 Tweets	2085 Tweets
@HouseDemocrats	22,71%	141 Tweets	621 Tweets
@JoeBiden	9,21%	168 Tweets	1825 Tweets
@KamalaHarris	18,08%	271 Tweets	1499 Tweets
@BernieSanders	11,58%	133 Tweets	1148 Tweets
@ewarren	17,88%	213 Tweets	1191 Tweets
@SpeakerPelosi	11,68%	66 Tweets	565 Tweets
@AOC	23,40%	227 Tweets	970 Tweets

Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 4: Überblick zur Verwendung der einzelnen Frames

Quelle: eigene Darstellung

Diagnostic Frames	Aufgegriffen	Nicht aufgegriffen
<i>Problemursache</i>		
1. Structural, systemic racism	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
2. White supremacy	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@SpeakerPelosi
3. „War on Drugs“	DNC Party Platform 2020; @BernieSanders	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @KamalaHarris; @JoeBiden; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
<i>Missstände</i>		
1. Criminalization	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @BernieSanders; @AOC	@KamalaHarris; @HouseDemocrats; @ewarren; @SpeakerPelosi
2. Over-policing/over-reliance on police	DNC Party Platform 2020; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @SpeakerPelosi
3. Overfunding of police/carceral system	DNC Party Platform 2020 (partially: overfunding and over-size of carceral system); @KamalaHarris; @BernieSanders; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @ewarren; @SpeakerPelosi
4. Racial bias in criminal justice system	DNC Party Platform 2020; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@TheDemocrats

Diagnostic Frames	Aufgegriffen	Nicht aufgegriffen
<i>Missstände</i>		
5. Racial bias in policing/Anti-Black police violence/police brutality	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
6. Police impunity	DNC Party Platform 2020; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@TheDemocrats
7. Economic injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
8. Educational injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
9. Electoral injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
10. Environmental/climate injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
11. Health injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	

Diagnostic Frames	Aufgegriffen	Nicht aufgegriffen
<i>Missstände</i>		
12. Housing injustice	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@BernieSanders;
13. War on Black women/Women of Color	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@SpeakerPelosi;
14. War on Black LGBTQ+ people/LGBTQ+ People of Color	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@BernieSanders;
15. Violence on protestors	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@HouseDemocrats;

Prognostic frames	Unterstützung	Keine Erwähnung
1. Pass the Breathe Act		DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
2. Divest: for a future without police, prisons, jails and immigration detention centers	@BernieSanders (partial support); @AOC	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi
3. Decarcerate	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @SpeakerPelosi

Prognostic frames	Unterstützung	Keine Erwähnung
4. Demilitarize the police	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @AOC	@BernieSanders; @SpeakerPelosi
5. End private, for-profit detention facilities	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @SpeakerPelosi; @AOC
6. End money bail	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC*	@HouseDemocrats; @SpeakerPelosi
7. End pre-trial detention		DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
8. End solitary confinement	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden; @BernieSanders*; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @KamalaHarris; @SpeakerPelosi
9. End use of past criminal history (“ban the box”)	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders*	@HouseDemocrats; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
10. End disenfranchisement of formerly and currently incarcerated	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden* (partial support); @KamalaHarris* (partial support); @BernieSanders*; @ewarren*; @AOC*	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @SpeakerPelosi
11. End the “War on Drugs”	DNC Party Platform 2020; @BernieSanders	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC

Prognostic frames	Unterstützung	Keine Erwähnung
12. Expand community control		DNC Party Platform 2020 @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
13. Real police accountability: Collect comprehensive data and report on police misconduct	DNC Party Platform 2020; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	@TheDemocrats; @BernieSanders
14. Real police accountability: liability for misconduct	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
15. End use of surveillance technologies	@BernieSanders*; @ewarren; @AOC	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @SpeakerPelosi
16. Reparations	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @BernieSanders; @SpeakerPelosi
17. Decriminalize youth under 23	DNC Party Platform 2020 (partial support); @BernieSanders (partial support)	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
18. End school-to-prison pipeline	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden*; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @KamalaHarris; @SpeakerPelosi
19. Remove police from schools	DNC Party Platform 2020 (partial support); @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @SpeakerPelosi

Prognostic frames	Unterstützung	Keine Erwähnung
20. Invest in non-punitive, non-carceral approaches to community safety	DNC Party Platform 2020; @JoeBiden* (partial support); @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @KamalaHarris; @SpeakerPelosi
21. Invest in communities	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	@SpeakerPelosi
22. Access to free, quality education	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren*; @AOC	@HouseDemocrats; @SpeakerPelosi
23. Universal, free, qualitative healthcare		DNC Party Platform 2020 @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC
24. Expand homeownership	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @ewarren	@HouseDemocrats; @BernieSanders; @SpeakerPelosi; @AOC
25. Raise minimum wage to 15\$/hour	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren*; @AOC	@HouseDemocrats; @SpeakerPelosi
26. Basic universal income		DNC Party Platform 2020 @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC

*Wurde zwar nicht in der Twitterkommunikation ersichtlich (Tweets, eingebettete Videos, Verlinkungen), auf den offiziellen Websites dieser Personen wird jedoch Unterstützung für die entsprechenden *policy goals* ausgesprochen.

Zusätzliche Frames	Verwendung	Keine Verwendung
1. Solidarity	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	
2. Motivational	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @AOC	DNC Party Platform 2020; @SpeakerPelosi
3. Urgency	@HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	DNC Party Platform 2020; @TheDemocrats
4. Victims	@TheDemocrats; @HouseDemocrats; @JoeBiden; @KamalaHarris; @BernieSanders; @ewarren; @SpeakerPelosi; @AOC	DNC Party Platform 2020

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
3. "War on Drugs"	Alle Analyseeinheiten, die den „War on Drugs“ als Ursache für die Kriminalisierung, die disproportionale Inhaftierung und Gewaltanwendung gegenüber der afroamerikanischen Bevölkerung identifizieren.	<p><i>“Ending the war on Black people means ending [...] the war on drugs [...]”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 16.07.2020)</p> <p><i>“[...] She will take on a criminal justice system that criminalizes poverty, perpetuates institutionalized racism, and continues a failed war on drugs that has devastated communities of color [...]”</i> (Tweet von @BernieSanders vom 24.07.2020)</p>	
<p><i>Missstände</i></p> <p>1. Criminalization</p>	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass AfroamerikanerInnen/ PoC in der Gesellschaft und durch die Polizei kriminalisiert und übermäßig überwacht werden.	<p><i>“#BlackAugust mini lesson alert: As we study the history of political prisoners and seek to embody #abolition in our day to day lives, we must also look at the ways Blackness is criminalized, poverty, ways of us securing safety, mental health is criminalized, and still #resist”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 14.08.2020)</p> <p><i>“Shout out to @IBM for halting dev on technology shown to harm society. Facial recognition is a horrifying, inaccurate tool that fuels racial profiling + mass surveillance. It regularly falsely ID’s Black + Brown people as criminal. It shouldn’t be anywhere near law enforcement.”</i> (Tweet von @AOC vom 10.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregel
2. Over-policing/ over-reliance on police	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass die Polizeipräsenz in der Gesellschaft zu groß geworden ist und die Polizei als Auffanglösung für Aufgabenbereiche genutzt wird, für die sie nicht geeignet ist.	<p><i>“Our habit of using the police to solve every problem or even answer every question is harmful. If someone had taken the time to speak to Tamir, like a human being, would he still be here today?”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 25.06.2020)</p> <p><i>“Praying for Jacob Blake, his children, and his family. It’s not enough to paint slogans. We need systemic change: ending qualified immunity, changing budget priorities, investing in communities harmed by overpolicing, and more. The solutions are out there. We must act on them.”</i> (Tweet von @AOC vom 24.08.2020)</p>	
3. Overfunding of police/carceral system	Alle Analyseeinheiten, in denen betont wird, dass zu viele öffentliche Gelder in das Polizei- und Gefängniswesen fließen.	<p><i>“[...] Overfunding the police leads to mass incarceration and a lack of resources for the things that matter: housing, education and healthcare. [...]”</i> (Tweet von @Blklivesmatter vom 02.06.2020)</p> <p><i>“It truly boggles my mind how anyone can see a \$6 billion policing budget in ONE city alone - which is more than we spend on health, youth, housing, and homelessness services here *combined* - and say, ‘You know what will fix police brutality? More money’”</i> (Tweet von @AOC vom 10.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregel
4. Racial bias in criminal justice system	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass ein Racial Bias im Strafjustizsystem, im Rechtssystem und im Gefängnisystem existiert, sodass PoC hier diskriminiert und schlechter behandelt werden.	<p><i>"This indictment is another clear and egregious reminder that the criminal-legal system in Louisville — and in this country — does not value Black people or see us as deserving of protection from those who've taken an oath to 'protect and serve,' [...]"</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 24.09.2020)</p> <p><i>"There are two systems of justice when stealing hedge clippers gets a Black man life in prison but the officers who murdered Breonna Taylor are still free."</i> (Tweet von @KamalaHarris vom 07.08.2020)</p>	
5. Racial bias in policing/Anti-Black police violence	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass ein Racial Bias im Polizeiwesen existiert, dass die Polizei sogenanntes Racial Profiling durchführt und besonders gegen AfroamerikanerInnen oder PoC gewalttätig vorgeht.	<p><i>"The coronavirus pandemic and police brutality have emerged in recent months as inescapable crises that have killed non-White people at disproportionately higher rates. [...]"</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 16.09.2020)</p> <p><i>"Black Americans can't breathe because of a broken policing system that is suffocating them. [...]"</i> (Tweet von @TheDemocrats vom 05.06.2020)</p> <p><i>"Black Americans made up 24% of those killed by the police last year, despite accounting for only 13% of the population. But Trump's police reform fails to adequately address the violent policing of Black Americans and communities of color."</i> (Tweet von @TheDemocrats vom 16.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
6. Police impunity	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass Polizeigewalt viel zu häufig ungestraft bleibt.	<p><i>“1% of killings by police nationwide result in officers being charged with a crime and even fewer are charged with murder. And officers are convicted of a crime in only 1 in every 300 killings. Virtually zero accountability for police violence in America.”</i> (Retweet von @Mvmt4Blklives vom 24.09.2020; ursprünglicher Verfasser: @samswey)</p> <p><i>“People are marching in the streets because they rightly believe there are two systems of justice in America. They’re sick and tired of watching Black people murdered with little to no consequence. [...]”</i>(Tweet von @KamalaHarris vom 23.06.2020)</p>	
7. Economic injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen die wirtschaftliche Diskriminierung, strukturelle Benachteiligung und wirtschaftliche Schlechterstellung der PoC anerkannt wird.	<p><i>“What has been continuously stolen from Black America is our ability to accumulate generational wealth. [...]”</i> (Retweet von @Mvmt4Blklives vom 24.09.2020; ursprünglicher Verfasser: @BlackVetProject)</p> <p><i>“Black households are suffering greater job losses than white households, and Black unemployment in May represented the highest rate in over a decade. This recession is exacerbating racial inequalities and widening the gap between Black and white unemployment.”</i> (Tweet von @TheDemocrats vom 11.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregel
8. Educational injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen die Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung der PoC im Bildungssystem anerkannt wird.	<p><i>“Yes. Schools often reinforce white supremacist ideologies and practices and Black students have been subject to this for too long. From the curriculum, officers in schools, and even racist appearance policies.”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 17.09.2020)</p> <p><i>“Despite undeniable evidence that Black students receive harsher punishment than their white classmates for similar or lesser offenses, the Trump administration chose to revoke efforts to reduce racial bias in school discipline.”</i> (Tweet von @TheDemocrats vom 20.06.2020)</p>	
9. Electoral injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen die Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung der PoC im Wahlsystem anerkannt wird.	<p><i>“After 100 years of organizing and progress, Black people have yet to achieve full voting access in the United States. [...]”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 19.08.2020)</p> <p><i>“Make no mistake: Communities of color have suffered from voter suppression for far too long. The time for change is NOW. We have passed crucial legislation to protect the right to vote for every American-- now it’s up to @senatemajldr to do his job.”</i> (Tweet von @HouseDemocrats vom 26.08.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
10. Environmental/ Climate injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen anerkannt wird, dass PoC disproportional von den Auswirkungen des Klimawandels und von Umweltschäden betroffen sind.	<p><i>“We all know who is most impacted by climate change. Black people. Poor Black. People. [...]”</i> (Tweet von @Blklivesmatter vom 30.09.2020)</p> <p><i>“Let’s be clear: #ClimateAction is an integral part of fighting racial injustice. That’s why House Democrats are fighting to ensure that our climate solutions work DIRECTLY to dismantle systemic racism in this country. #SolvingTheClimateCrisis”</i> (Tweet von @HouseDemocrats vom 03.07.2020)</p>	
11. Health injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen die Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung der PoC im Gesundheitssystem anerkannt wird. Alle Analyseeinheiten, in denen verdeutlicht wird, dass PoC einem besonders erhöhtem Gesundheitsrisiko ausgesetzt sind.	<p><i>“Black and Brown people continue to be affected disproportionately by #COVID19, including our children. From the CDC: ‘Almost all of the US kids and teens who’ve died from COVID-19 were Hispanic or Black.’ [...]”</i> (Retweet von @Mvmt4Blklives vom 23.10.2020; ursprünglicher Verfasser: @adv_project)</p> <p><i>“#COVID19 has impacted communities of color at an alarming rate and shown the clear inequities of our public health system.”</i> (Tweet von @HouseDemocrats vom 30.10.2020)</p>	
12. Housing injustice	Alle Analyseeinheiten, in denen die Diskriminierung und strukturelle Benachteiligung der PoC im Wohnungswesen anerkannt wird.	<p><i>“Talesha Wilson, of Diversity at the Table, explains, gentrification is one of the biggest ways that Black people are dismantled. [...]”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 23.08.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
<p>13. War on Black women/Women of Color</p>	<p>Alle Analyseeinheiten, die betonen, dass Angehörige dieser Gruppe eine disproportional Diskriminierung und Benachteiligung erfahren und besonders von (Polizei-)Gewalt, Armut, Kriminalisierung oder Inhaftierung betroffen sind.</p>	<p><i>“Homeownership for Black, Latino, AAPI, and Native Americans is far below that of their white counterparts, and this disparity contributes to the racial wealth gap. @JoeBiden will work to end housing discrimination and ensure every family has access to affordable, quality housing.”</i> (Tweet von @TheDemocrats vom 30.07.2020)</p> <p><i>“Black women experience some of the highest rates of poverty & unemployment of any group in the U.S. It is not a coincidence that Black women also have the highest rates of stops, police violence, arrests, incarceration, and carceral control among women.”</i> (Tweet von @Mvmnt4BlkLives vom 25.08.2020)</p> <p><i>“On a recent Women for Biden call, I spoke about Breonna Taylor. Breonna should be alive today. And her story happens every day across this country—Black women and girls are brutalized at alarming rates. This is an epidemic and we must call it out.”</i> (Tweet von @ewarren vom 05.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
14. War on Black LGBTQ+ people/LGBTQ+ People of Color	Alle Analyseeinheiten, die betonen, dass Angehörige dieser Gruppe eine disproportionale Diskriminierung und Benachteiligung erfahren und besonders von (Polizei-)Gewalt, Armut, Kriminalisierung oder Inhaftierung betroffen sind.	<p><i>“Discrimination, harassment, and violence against Black trans, intersex, queer, & gender nonconforming (LGBTQ+) people pervade schools, workplaces, systems of policing, prisons, parole and probation, immigration, health care, and family and juvenile courts and more.”</i> (Tweet von @Mvmt4BlkLives vom 14.08.2020)</p> <p><i>“The murder of Black trans women is a crisis. Say their names: Dominique “Rem’mie” Fells and Riah Milton.”</i> (Tweet von @ewarren vom 12.06.2020)</p>	
15. Violence on Protestors	Alle Analyseeinheiten, in denen das gewaltsame Vorgehen der Polizei und Regierung gegen Demonstranten der BLM-Bewegung thematisiert und verurteilt wird	<p><i>“Tear-gassing peaceful protestors without provocation just so that the President could pose for photos outside a church dishonors every value that faith teaches us.”</i> (Tweet von @SpeakerPelosi vom 02.06.2020)</p>	
Prognostic 1. Pass the Breathe Act	Alle Analyseeinheiten, in denen Unterstützung für den Breathe Act geäußert wird.	<p><i>“Since 2015, we have put out a clear vision for Black lives. This summer we launched the #BREATHEAct, historic civil rights legislation championed by @AyannaPressley + @RashidaTlaib to divest in ineffective, racist policing + invest in communities”</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 22.10.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
2. Divest: For a future without police, prisons and jails	Alle Analyseeinheiten, die Unterstützung dafür äußern, öffentliche Gelder/Bundesmittel aus jenen Bereichen abzuziehen. Alle Analyseeinheiten, die das letztendliche Ziel einer Abschaffung der Polizei in ihrer jetzigen Form, sowie die Abschaffung und Auflösung von Gefängnissen unterstützen.	<p><i>"Defunding the police and jails—and reinvesting that money into community resources rather than punitive systems—could make everyone more safe than by giving the funds to law enforcement."</i> (Tweet von @Mvmt4Blklives vom 07.10.2020)</p> <p><i>"Now @VICE reporting that @CBP is sending predator drones over #GeorgeFloyd protests in Minneapolis. This is what happens when leaders sign blank check after blank check to militarize police, CBP, etc while letting violence go unchecked. We need answers. And we need to defund."</i> (Tweet von @AOC vom 29.05.2020)</p> <p><i>"Instead of spending \$80 billion a year on jails and incarceration, we need to be investing in more jobs and education. One thing is abundantly clear: Every police department violating people's civil rights must be stripped of federal funding. Period."</i> (Tweet von @BernieSanders vom 04.06.2020)</p>	
3. Decarcerate	Alle Analyseeinheiten, die Unterstützung dafür äußern, die Gefängnispopulation zu reduzieren.	<p><i>"Democrats know we can end the era of mass incarceration and dramatically reduce the number of Americans held in jails and prisons while continuing to reduce crime rates, which have fallen steadily from their peak nearly three decades ago."</i> (Democratic Party Platform 2020, S.35)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
4. Demilitarize the police	Alle Analyseeinheiten, in denen Unterstützung dafür geäußert wird, Polizeieinheiten zu entmilitarisieren und deren Nutzung militärischer Ausrüstung zu unterbinden.	“ <i>Weapons of war should not be in the hands of local law enforcement. Demilitarize the police.</i> ” (Tweet von @TheDemocrats vom 03.06.2020)	
5. End private, for-profit detention facilities	Alle Analyseeinheiten, die die Schließung privater, gewinnorientierter Haftanstalten befürworten.	“ <i>Democrats support ending the use of private prisons and private detention centers [...]</i> ” (Democratic Party Platform 2020, S.38)	
6. End money bail	Alle Analyseeinheiten, die Unterstützung dafür äußern, das Konzept der Kautions abzuschaffen.	“ <i>[...] We need to end cash bail and solitary confinement , ensure medical care, and provide protections for LGBTQ+ people.</i> ” (Tweet von @ewarren vom 25.06.2020)	
7. End pre-trial detention	Alle Analyseeinheiten, die eine Abschaffung der Untersuchungshaft befürworten.	“ <i>Ending the war on Black people means ending [...] pretrial detention [...]</i> ” (Tweet von @Mvmnt4BlkLives vom 16.07.2020)	
8. End solitary confinement	Alle Analyseeinheiten, die eine Abschaffung der Einzelhaft befürworten.	“ <i>[...] We need to end cash bail and solitary confinement , ensure medical care, and provide protections for LGBTQ+ people.</i> ” (Tweet von @ewarren vom 25.06.2020)	
9. End use of past criminal history (“ban the box”)	Alle Analyseeinheiten, die befürworten, die Nutzung von Vorstrafenregistern zu beenden.	“ <i>Democrats support federal and state efforts to ‘ban the box’ [...]</i> ” (Democratic Party Platform 2020, S.39)	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
10. End disenfranchisement of formerly and currently incarcerated	Alle Analyseeinheiten, die ein Ende der Entrechtung ehemals und aktuell Inhaftierter fordern.	<i>“The formerly incarcerated should not be blocked from exercising their voting rights or accessing public services [...]”</i> (Democratic Party Platform 2020, S.39)	Es zählen auch Analyseeinheiten, die es befürworten, allein die Rechte ehemals Inhaftierter vollständig herzustellen. Dies gilt jedoch nur als <i>partial support</i> .
11. End the “War on Drugs”	Alle Analyseeinheiten, in denen ein Ende des „War on Drugs“ befürwortet wird.	<i>“Let me congratulate the state legislature for making Vermont the 11th state in the country to legalize marijuana and also for expunging past marijuana convictions. Now, it is time for Congress and the federal government to end the war on drugs and legalize marijuana nationwide.”</i> (Tweet von @BernieSanders vom 09.10.2020)	
12. Expand community control	Alle Analyseeinheiten, in denen die Ausweitung von „community control“ befürwortet wird.	<i>“It’s not enough to just move money from police to programs for the people. Community control is a key part of sustaining that shift.’ An interview with Nikita Mitchell, of @rising_majority, for @inthesetimesmag: [...]”</i> (Tweet von @Mvmnt4BlkLives vom 28.07.2020)	
13. Real police accountability: Collect comprehensive data and report on police misconduct	Alle Analyseeinheiten, die umfassende Datenerhebungen/ Berichterstattung über polizeiliches Fehlverhalten befürworten.	<i>A problematic police officer shouldn’t be able to move to a different jurisdiction and get another policing job. The #JusticeInPolicing Act would create a national police misconduct database to increase transparency and keep our communities safe.”</i> (Tweet von @HouseDemocrats vom 10.06.2020)	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
14. Real police accountability: Liability for misconduct	Alle Analyseeinheiten, die eine Haftbarkeit für polizeiliches Fehlverhalten befürworten.	<p><i>“Let’s be clear: The country needs change. Police officers must be accountable to the communities they serve. House Democrats and @TheBlackCaucus are introducing legislation to make our country’s police system fairer, safer and more just.”</i></p> <p>(Tweet von @HouseDemocrats vom 07.06.2020)</p>	
15. End use of surveillance technologies	Alle Analyseeinheiten, in denen Unterstützung für die Abschaffung von Überwachungstechniken (wie z.B. Gesichtserkennung) geäußert wird.	<p><i>“These racist surveillance tools are an invasion of privacy and a threat to civil liberties—and have no place in our criminal justice system. [...]”</i></p> <p>(Tweet von @ewarren vom 24.07.2020)</p>	
16. Reparations	Alle Analyseeinheiten, die Reparationen befürworten.	<p><i>“Happy #Juneteenth! To celebrate, let’s pass legislation that makes Juneteenth a national holiday and enact H.R. 40, Rep @JacksonLeeTX18’s Commission on Reparations. How are you honoring today?”</i></p> <p>(Tweet von @AOC vom 19.06.2020)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
17. Decriminalize youth under 23	Alle Analyseeinheiten, die eine Entkriminalisierung von Jugendlichen unter 23 Jahren befürworten.	<p><i>“A growing number of states have recognized it is unjust—and unjustifiable—to punish children and teenagers as harshly as adults. We believe that if you aren’t old enough to drink, you aren’t old enough to be sentenced to life without parole. The federal government will incentivize states to stop incarcerating kids, and develop community-based alternatives to prison and detention centers for youth [...]”</i></p> <p>(Democratic Party Platform 2020, S.36)</p>	Gezählt werden auch Analyseeinheiten, die ein Ende der Inhaftierung von Jugendlichen befürworten, dies wird jedoch als <i>partial support</i> markiert.
18. End school-to-prison-pipeline	Alle Analyseeinheiten, die dieses Ziel unterstützen.	<p><i>“Democrats believe we must break the school-to-prison pipeline [...]”</i> (Democratic Party Platform 2020, S.35)</p>	
19. Remove police from schools	Alle Analyseeinheiten, die ein Ende von Polizeipräsenz in Bildungseinrichtungen unterstützen.	<p><i>“Our children need more nurses and counselors, more social workers and school psychologists—not more police. The presence of police not only fails to improve a student’s mental health, educational outcomes or safety, but worsens it.”</i> (Tweet von @Mvmnt4BlkLives vom 20.09.2020)</p>	
20. Invest in non-punitive, non-carceral approaches to community safety	Alle Analyseeinheiten, die befürworten, in neue Konzepte gesellschaftlicher Sicherheit anstatt weiterhin in das Strafjustizsystem zu investieren.	<p><i>„And rather than involving the criminal justice system, Democrats support increased use of drug courts, harm reduction interventions, and treatment diversion programs for those struggling with substance use disorders.”</i></p> <p>(Democratic Party Platform 2020, S.37)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
21. Invest in Communities of Color (education, healthcare, employment programs, housing)	Alle Analyseeinheiten, die es befürworten, mehr in CoC zu investieren. Dazu zählen Investitionen in das Bildungs- und Gesundheitssystem, in neue Arbeitsplätze oder in das Wohnungswesen.	“@JoeBiden recognizes the racial disparities that exist in our neighborhoods. That’s why his economic plan ensures that communities of color are the first to benefit from his planned federal investments in infrastructure.” (Tweet von @TheDemocrats vom 29.07.2020)	
22. Access to free quality education	Alle Analyseeinheiten, die den Zugang zu kostenloser, qualitativer Bildung unterstützen.	“Democrats believe that everyone should be able to earn a degree beyond high school, if they choose to, without money standing in the way. That is why we will make public colleges and universities tuition-free for students whose families earn less than \$125,000—roughly 80 percent of the American people.” (Democratic Party Platform 2020, S.69)	
23. Universal, free, quality healthcare	Alle Analyseeinheiten, die eine universelle, kostenlose, hochwertige Gesundheitsversorgung befürworten.	“Free healthcare for all. That’s it! [...]” (Tweet von @Mvmnt4BlkLives vom 23.10.2020)	
24. Expand home ownership	Alle Analyseeinheiten, die eine Förderung von Wohneigentum in CoC befürworten.	“Once again, Trump is trying to divide America. Stoking fear will not help close the racial wealth gap — it will preserve or even expand it. As president, @JoeBiden will invest in homeownership to increase access to quality and affordable housing.” (Tweet von @TheDemocrats vom 30.07.2020)	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregel
25. Raise minimum wage to 15\$/hour	Alle Analyseeinheiten die eine Anhebung des Mindestlohns auf 15\$ pro Stunde befürworten.	<p><i>“Working families deserve a raise. Proud to join @BernieSanders in support of a \$15 minimum wage and discuss @JoeBiden’s plan to fight economic inequality and ensure the dignity of all workers.”</i> (Tweet von @Kamala Harris vom 29.10.2020)</p>	
26. Basic universal income	Alle Analyseeinheiten, die ein universelles Grundeinkommen befürworten.	<p><i>“The BREATHE Act creates a Universal Basic Income for low-income individuals by modifying the Earned Income Tax Credit [...]”</i> (Siehe Breathe Act Section 3, Subsection 5)</p>	

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
<p>Zusätzliche Frames</p> <p>1. Solidarity</p>	<p>Alle Analyseeinheiten, in denen Solidarität mit der BLM-Bewegung oder den dazugehörigen Demonstranten geäußert wird. Alle Analyseeinheiten, in denen deutlich wird, dass sich die Verfasser mit diesen identifizieren</p>	<p><i>“Juneteenth is a celebration— but it's also a necessary reminder that 155 years later, Black Americans still feel the weight of government-sponsored racism and discrimination. Let's continue to defend the unshakeable truth that Black families matter and Black lives matter.”</i> (Tweet von @ewarren vom 19.06.2020)</p>	<p>Es werden sowohl Tweets und Absätze gewertet, in denen explizit Solidarität geäußert wird, als auch solche, die deutlich machen, dass die Verfasser selbst an Protest- oder Bewegungsaktivitäten im Zusammenhang mit der BLM-Bewegung teilgenommen haben. Gewertet wird auch die Nutzung der Phrase <i>BlackLivesMatter</i>, da diese das zentrale Mantra der Bewegung darstellt und in Kontrast zu gegnerischen Phrasen wie <i>AllLivesMatter</i> oder <i>BlueLivesMatter</i> steht.</p>

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
2. Motivational	Alle Analyseeinheiten, in denen zu Bewegungs- oder Protestaktivitäten mit Bezug auf BLM aufgerufen wird.	<p><i>“Breonna Taylor dedicated her life to saving others as an EMT, but law enforcement officials failed to protect her and killed her instead. Demand #JusticeForBre by texting ‘ENOUGH’ to 55156 to sign the @ColorOfChange petition.”</i> (Siehe Tweet von @TheDemocrats vom 10.06.2020)</p> <p><i>“We will never allow Breonna’s death to be in vain. Protest. Vote. Change America. #JusticeForBreonna”</i> (Retweet von @HouseDemocrats vom 24.09.2020; ursprünglicher Verfasser: @RepJeffries)</p>	Gewertet werden sowohl Aufforderungen wie „Stand up for what is right“, „Demonstrate“, „Keep showing up“, als auch Aufforderungen, Bewegungsorganisationen der breiten BLM-Bewegung auf Social Media zu folgen oder diese zu unterstützen.
3. Urgency	Alle Analyseeinheiten in denen die Dringlichkeit der BLM-Problematik betont wird.	<p><i>„How many more black lives will be lost? How many more hashtags will we need? How many more viral videos depicting horrific images of police brutality do we need to see? The time is now to confront America’s long and storied past of systemic racism.”</i> (Tweet von @HouseDemocrats vom 01.06.2020)</p>	Gewertet werden sowohl Analyseeinheiten, die deutlich machen, dass eine Befassung mit der Problematik lange überfällig ist, als auch solche, die betonen, dass jetzt/sofort gehandelt werden muss.

Frame	Beschreibung	Beispiel	Ergänzende Kodierregeln
4.Victims	Alle Tweets und Absätze in denen explizit Bezug auf die Opfer von Polizeigewalt oder sonstiger rassistisch-motivierter Gewalt genommen wird.	„ <i>Breonna Taylor. George Floyd. Elijah McClain. Atatiana Jefferson. Tamir Rice. For them, and countless others, there are two systems of justice in America.</i> ” (Tweet von @KamalaHarris vom 11.07.2020)	Alle Tweets und Absätze, in denen Opfer namentlich erwähnt werden, deren Schicksal auch durch die Bewegung hervorgehoben wurden. Dazu zählen unter anderem George Floyd, Breonna Taylor, Ahmaud Arbery, Trayvon Martin, Sandra Bland, Tamir Rice, Michael Brown etc.